

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er scheint täglich außer Montag.
Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungskarte Nr. 6824.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Breslau, Sonnabend, 13. Februar 1892.

3. Jahrgang.

Der Sozialismus in Dänemark.

II.

M. Kt. Während der Verfassungskämpfe in den Jahren 1883—1884 und später noch, als der bürgerliche Radikalismus das Volk geschickt zu blenden mußte, ging die neue Parteirichtung ganz in den Streitigkeiten der Bourgeoisparteien auf. Sie ging nicht gerade zu einer dieser Parteien über, aber sie schloß bald mit der einen, bald mit der anderen Bündnisse und Abmachungen auf Gegenseitigkeit. Zum Teil bestehen diese Zustände noch heute, und einige Männer, die sich zu Führern der Arbeiter aufwarfen, erklärten, sie würden dies so lange fortsetzen, als sie glauben, Vorteil daraus ziehen zu können.

Im Juli des Jahres 1877 hielt die Partei ihren ersten Kongreß in Kopenhagen ab. Sie zählte damals 7000 Mitglieder. Das Programm, welches die deutschen Sozialdemokraten 1876 in Gotha angenommen hatten, wurde hier zum Programm der dänischen Arbeiterpartei erhoben; einige neue Paragraphen wurden jedoch noch hinzugefügt, die zeigten, daß man damals die Hauptpunkte des Programms noch nicht voll erfaßt hatte. So wurde z. B. die Forderung angefügt, der Staat solle allen verkäuflichen Grund und Boden ankaufen, um ihn an die Bauern und Arbeiter zu verpachten.

Zu Anfang des Jahres 1877 erließ das damalige Exekutivkomitee eine Aufforderung an die Arbeiter, sich an einer großen Auswanderung zu beteiligen, um in Kanjas (Nordamerika) eine sozialistische Kolonie zu gründen. Später verlangte man von der Regierung und vom Parlament eine Summe von 200 000 Kronen zur Unterstützung der Arbeitslosen, die auszuwandern gewillt waren.

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

I.

„Das ist ein sonderbarer Vorfall“, sagte der Kommerzienrat Bolnau zu einem Bekannten, den er auf der Breiten Straße in B. traf; „gesteht selbst, wir leben in einer argen Zeit.“

„Ihr meint die Geschichte im Norden?“ entgegnete der Bekannte. „Habt Ihr Handelsnachrichten, Kommerzienrat? Hat Euch der Minister des Auswärtigen aus alter Freundschaft etwas Näheres gesagt?“

„Ach, geht mir mit Politik und Staatspapieren; meinestwegen mag geschehen, was da will. Nein, ich meine die Geschichte mit der Bianetti.“

„Mit der Sängerin? Wie? Ist sie noch einmal engagiert? Man sagte ja, der Kapellmeister habe sich mit ihr überworfen.“

„Über um Gotteswillen“, rief der Kommerzienrat und blieb staunend stehen, „in welchen Spelunken treibet Ihr Euch umher, daß Ihr nicht wisset, was sich in der Stadt zuträgt? So wisset Ihr nicht, was der Bianetti arwittete?“

„Kein Wort, auf Ehre; was ist es denn mit ihr?“

„Nur, es ist weiter nichts mit ihr, als daß sie heute Nacht totgestochen worden ist.“

Der Kommerzienrat galt unter seinen Bekannten für einen Späßvogel, der, wenn er Morgens von elf bis Mittag seine Promenaden in der Breiten Straße

Es glaubte man damals auf dem Wege zur Lösung der sozialen Frage zu sein.

Auf dem folgenden Kongreß, der im Jahre 1888 stattfand, zeigte sich die Nichtübereinstimmung mit den wichtigsten Lehren des Sozialismus noch deutlicher. Schon in dem Aufruf zur Beteiligung an dem Kongreß hieß es: „Besonders gilt es, die größten Anstrengungen zu machen, um praktische Reformen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage des Kleinbürgertums zu heben.“

Noch bald bildete sich eine Opposition, die „revolutionäre Partei der Sozialisten“ mit ihrem Organ „Arbeiter“ („Der Arbeiter“). Deren Tätigkeit war vorzugsweise auf die Propaganda gerichtet. Unsere Agitation trug auch sehr bald Früchte, ein Beweis, daß neuere Gesichtspunkte über die soziale Frage in der Arbeiterbewegung Dänemarks zur Geltung gekommen waren.

Zu den Fragen, mit denen wir uns am meisten zu beschäftigen hatten, gehörte die Frage über die Demonstration am 1. Mai zu Gunsten des achtstündigen Arbeitslages.

Am 1. Mai 1890 wurde die Feier des 1. Mai fast allgemein hier begangen. In den meisten Werkstätten wurde nicht gearbeitet. Die Feier selbst kam in verschiedener Weise zum Ausdruck. Von unserer Seite war eine Kundgebung in den Straßen der Hauptstadt geplant. Die Behörden verboten jedoch Aufzüge jeder Art. Sieben unserer Freunde wurden, weil sie dem Verbot zuwidergehandelt, zu beträchtlichen Geldstrafen verurteilt.

Im letzten Jahre wollte die vorhin erwähnte Richtung unter den hiesigen Sozialisten von einer Mäuserei nichts wissen, indem sie sich darauf berief, daß der Pariser Kongreß nichts darüber gesagt habe, daß auch

im Jahre 1891 eine Kundgebung am 1. Mai stattfinden solle.

Trotzdem versuchten wir eine Mäuserei zu Stande zu bringen. Genossen zogen durch die Stadt mit Fahnen und Karren, die sie auf die Hüfte steckten, auf denen der Achtstundentag gefordert wurde. Auch die größeren Städte in der Provinz begingen den 1. Mai in festlicher Weise.

Im August des Jahres 1890 beteiligten wir uns an einem skandinavischen Kongreß, der in Christiania abgehalten wurde. 102 Delegierte waren auf dem Kongreß anwesend. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Welche Mittel sind zur Erreichung des Achtstundentages anzuwenden?

Mit Bezug hierauf wurde folgende Resolution von dem Kongreß angenommen:

„Indem der Kongreß an die günstigen Resultate der Mäuserei des Jahres 1890 erinnert, empfiehlt er, diese Kundgebung in jedem Jahre zu wiederholen, in Anbetracht dessen, daß sie als ein geeignetes Mittel zur Erlangung einer Verkürzung der Arbeitszeit anzusehen ist, besonders dann, wenn mit diesen Kundgebungen eine allgemeine Niederlegung der Arbeit verbunden wird, sie sich also nicht bloß auf den Ausdruck der Meinungen beschränken.“

Im vergangenen Jahre haben wir unter den Arbeitslosen eine rege Agitation entfaltet, die bis dahin etwas vernachlässigt worden war. In einer großen Zahl von Versammlungen wurde eine Vereinigung von Arbeitslosen geschaffen, die unter sich ein Komitee ernannten, das ihre Forderungen dem Parlament und dem Stadtrat vorlegen sollte. Sie verlangten die direkte Unterstützung von Arbeitslosen und den Beginn städtischer Arbeiten bei achtstündiger Arbeitszeit.

machte, die Leute gern aufhielt und ihnen irgend etwas aus dem Stegreife aufband. Der Bekannte war daher nicht sehr gerührt von dieser Schreckensnachricht, sondern antwortete: „Weiter wisset Ihr also heute nichts, Bolnau? Ihr müßt doch nachgerade mit Eurem Big zu Rande sein, weil Ihr die Farben so stark auftraget. Wenn Ihr mich übrigens ein andermal wieder stellet in der Breiten Straße, so besinnt Euch auf etwas Vernünftigeres, sonst bin ich genötigt, einen Umweg zu machen, wenn ich von der Kanalei nach Hause gehe.“

„Er glaubt's wieder nicht!“ rief der Spaziergänger. „Seht nur, er glaubt's wieder nicht! Wenn ich gesagt hätte, der Kaiser von Marokko sei erstochen worden, so hättet Ihr die Nachricht mit Dank eingesteckt und weiter getragen, weil sich dort schon Ähnliches zugetragen hat. Aber, wenn eine Sängerin hier in B. totgestochen wird, da will keiner glauben, bis man den Leichenzug sieht. Aber Freundchen, diesmal ist's wahr, so wahr ich ein ehrlicher Mann bin.“

„Mensch! Bedenket, was Ihr sagt!“ rief der Freund mit Entsetzen. „Tot saget Ihr? Die Bianetti totgestochen?“

„Tot war sie vor einer Stunde noch nicht, aber sie liegt in den letzten Zügen, so viel ist gewiß.“

„Aber sprecht doch um Himmelswillen! Wie kann man denn eine Sängerin totsehen? Leben wir denn in Italien? Für was ist denn eine wollöbliche Polizei da? Wie ging es denn zu? Totgestochen!“

„Schreiet doch nicht so mörderlich!“ erwiderte Bolnau besänftigend; „die Leute fahren schon mit den

Köpfen aus den Fenstern und schauen nach dem Straßenlärm. Ihr könnt ja sotta voos jammern, so viel Ihr wollt. Wie es zuging? Ja, sehet, da liegt es eben; das weiß bis jetzt kein Mensch. Gestern Nacht war das schöne Kind noch auf der Reboute, so liebenswürdig so bezaubernd wie immer, und heute Nacht um zwölf Uhr wird der Medizinalrat Lange aus dem Bett geholt, Signora Bianetti liege im Sterben, sie habe eine Stichwunde im Herzen. Die ganze Stadt spricht schon davon, aber natürlich das tollste Zeug. Es sind allerdings fatale Umstände dabei, daß man nicht ins Reine kommen kann; so darf z. B. Niemand ins Haus als der Arzt und die Leute, die sie bedienen. Auch bei Hof weiß man es schon, und es kam ein Befehl, daß die Wache nicht am Haus vorbeiziehen dürfe; das ganze Bataillon mußte den Umweg über den Markt nehmen.“

„Was Ihr sagt! Aber weiß man denn gar nicht, wie es zuging? Hat man denn gar keine Spur?“

„Es ist schwer, sich aus den verschiedenen Gerüchten auf das Wahre durchzuarbeiten. Die Bianetti, das muß man ihr lassen, ist eine sehr anständige Person, der man auch nicht das Geringste nachsagen kann. Nun, wie aber die Leute sind, besonders die Frauen, wenn man da von dem ordentlichen Lebenswandel des armen Mädchens spricht, zuckt man die Achsel und will von ihrem früheren Leben allerlei wissen. Von ihrem früheren Leben! Sie hat kaum siebzehn Jahre und ist schon anderthalb Jahre hier. Was ist das für ein früheres Leben!“

(Fortsetzung folgt.)

Bei dieser Agitation hatten die Arbeitslosen keine andere Hilfe und Stütze als die unsere. Die schon mehrfach erwähnte Richtung der „Sozialdemokraten“ verhielt sich dieser Frage gegenüber ablehnend. Ihre Stellung schwieg dazu. Endlich aber begann sie die Bewegung der Arbeitslosen anzugreifen. Obgleich alle unsere Versammlungen und Kundgebungen durchaus ruhig und würdig verlaufen waren, behauptete der „Sozialdemokrat“, daß die Agitation „nur ins Leben gerufen worden sei, um in den Straßen Skandal zu machen.“

So erwachsen unserer Agitation die größten Hindernisse aus der Verstandlosigkeit und der Uneinigkeit derjenigen, die sich, obgleich sie kein Recht dazu haben, „Sozialdemokraten“ nennen. All die niedrigen Mittel, welche die kapitalistische Presse gegen uns in Anwendung gebracht hat, bei jenen Leuten finden wir sie wieder.

Dennoch werden wir unentwegt die rote Fahne des internationalen revolutionären Sozialismus hochhalten.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

× Berlin. In der 169. Plenarsitzung des Reichstages wurde die erste Beratung des von dem Abgeordneten Rintelen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozessordnung über die Wieder- aufnahme des Verfahrens, sowie die Entschädigung für ungeschuldig erlittene Strafen in Verbindung mit der ersten Beratung des von dem Abgeordneten Traeger eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für ungeschuldig erlittene Strafen vorgenommen. Daran schloß sich die zweite Beratung des von den Abgeordneten Auer und Genossen vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Volkstarifgesetzes vom 15. Juli 1878, sowie die erste Beratung des von den Abgeordneten Auer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung von Wirkungen des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, vom 21. Oktober 1878, und die Beratung des von den Abgeordneten Müller, Nothke und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend eine Novelle zum Unfallversicherungsgezet vom 6. Juli 1884.

Schulden, Schulden, nichts wie Schulden! Außer den deutschen Reichsschulden giebt es auch preussische Staatsschulden und Halberstädter Stadtschulden u. s. w. Die preussischen Staatsschulden betragen rund 6000 Millionen, das macht auf jeden Preußenkopf etwa 200 Mark. Auf jeden Familienvater ungefähr 1000 Mk. Die meisten von uns werden wol kaum wissen, wieviel Schulden sie eigentlich als Stadt-, Staats- und Reichsbürger haben. Ist auch gar nicht nötig. — Der Buchpreis der preussischen Staatsdomänen ist seit vierzig Jahren um das dreifache gestiegen. Aber die Arbeitslöhne?

Zur sozialen Frage schreibt ein Monarchist, Wendel Gipler, in seinem Buche: „Ehe denn die Schlacht beginnt. Ein Mahnruf an die deutsche Jugend und ihren Kaiser“: „Die soziale Frage ist nicht allein Brotfrage, sie ist auch Ehrenfrage. Die ihr glaubt, den Sturm abzuwenden zu können, wenn ihr jedem Bauer Sonntags sein Schnitz in den Topf liefert, ich sage euch, ihr seid blind. Dem Armen wird von der Verfassung gleiches Recht vor dem Gesetz, gleiches Wahlrecht im Reich gewährleistet, aber er empfindet es mittertschwer, daß alle diese schönen Bestimmungen im Grunde nur auf dem Papier stehen, daß sie nur dem Buchstaben, nicht dem Geiste nach innegehalten werden. Er weiß, daß die gebildeten Stände vor ihm und seiner Berührung wie vor einem Ausfälligen zurücktreten, daß man ihn misachtet und schert wie ein Geschöpf niederer Art. Und je mehr er die innere Hohlheit jener Kreise erkennt, je greller sich ihm die Redheit ihrer Annäherung offenbart, desto bitterer wird er die Schmach empfinden, desto wilder haßen, wenn anders seine Seele nicht völlig im Dertum verharrt.“

Der Appetit kommt beim Essen. In dem neuesten Heft der ultramontanen Jörg'schen „Historisch-politischen Blätter“ wird der Vorschlag gemacht, sämtlichen theologischen Lehrern der deutschen Hochschulen das apostolische Glaubensbekenntnis zur Unterzeichnung vorzulegen! Warum nicht auch den Unteroffizieren? Das wäre doch gewiß ein vortreffliches Mittel zur Befestigung der Soldateneinstimmungen. Nicht unerwähnt mag hierbei bleiben, daß die „Kreuztg.“ von einem wahrhaftigen Götzen auch den Glauben an den Teufel verlangt.

Ein rechter Ordnungsmann muß nach Ansicht der vorerwähnten „Kreuztg.“ auch an den Teufel glauben.

Der Professor Felix Dahn, der im übrigen ein arger Skribist ist und von der Sozialdemokratie weniger versteht als die altgermanischen Heibengestalten in seinen langweiligen Romanen, warf ganz mit Recht die Frage auf „ob die deutsche Bildung heute noch auf dem alten Testament, dem albanianischen Glaubensbekenntnis Luthers Teufelsglauben, Salvins Gnabenauswahl und Vorherbestimmung, dem Tribentinschen Konzil, dem Syllabus und den beiden jüngsten Dogmen beruht — oder auf Lessing, Kant, Schiller, Goethe und Darwin.“ Das war aber der „Kreuztg.“ zu viel, und wild in ihrem Zorne fährt sie den unglücklichen Felix an: „Herr Dahn hat sich entweder nichts gedacht, oder er kennt die heutige Schule nicht. Er weiß auch nicht, daß „Luthers Teufelsglaube“ ein ökumenisches Bekenntnis aller christlichen Konfessionen ist, und wenn ein Breslauer Professor dem Teufel seine Existenz abdekretirt, so genügt das ebensowenig, wie wenn ein Sozialdemokrat Gott leugnet.“

Fürwahr, wenn man die „Kreuztg.“ studirt, so könnte man leichter zum Glauben an die Existenz des Teufels kommen als an die eines Gottes!

Zum Volksschul-Gesetz wird gemeldet: Die Regierung in Frankfurt a. O. hat an die Lehrer eine Verwarnung erlassen, sie würde die Disziplinaruntersuchung gegen die Lehrer, welche mittelbare Staatsbeamte sind, einleiten, falls dieselben gegen das Volksschul-Gesetz Opposition machen würden. Die Regierung ermahnt die Lehrervereine, in friedlichem Geiste, mit Besonnenheit streng in den Grenzen der sachlichen Erörterung und der gebotenen Disziplin zu bleiben.

Wir wollen eine Bestätigung dieser Nachricht abwarten.

Daß das neue preussische Volksschulgesetz in der Praxis in Deutschland längst gehandhabt, ja zum Teil weit übertrumpft wird, beweist folgendes Schreiben, das vor einigen Tagen einem Arbeiter in Dessau durch seine Tochter im Auftrage des Schuldirektors „gestellt“ wurde:

Mädchen-Bürgerschule zu Dessau. Kl. I.
Mitteltung an die Eltern.
Gelehrter Herr!

Nach der Schulordnung der Mädchen-Bürgerschule sollen die Kinder der I. und II. Kl. Sonntags wenigstens einmal zum Gottesdienste gehen, falls nicht triftige Hinderungsgründe vorliegen. Ihre Stieftochter N. N. hat geküßert den Gottesdienst nicht besucht und zwar angeblich infolge ihres Verbotes, ohne daß irgend welcher Hinderungsgrund vorgelegen habe. Zur Klarstellung der Sache erlaube ich Sie ergebenst, mir bis Morgen mitteilen zu wollen, ob die Anwesenheit des Kindes auf Wahrheit beruht.

Dieser Zettel ist, mit Unterschrift versehen, morgen an mich zurückzugeben.
Dessau, den 1. Februar 1892.

Ergedenst G. Rothe, Rektor.

Herr von Zedlig, Sie sind übertrumpft!

Berlin. Eine Volksversammlung auf Livoli, in welcher Abgeordneter Babel über das Thema: „Der Entwurf des neuen Volksschulgesetzes und die Sozialdemokratie“ sprach, war von über 5000 Personen besucht. Ein starkes Aufgebot von Polizeimannschaften hielt das Lokal gesperrt. Nach einem ca. zweistündigen Vortrage Babel's wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erblickt in dem neuen Volksschulgesetz-Entwurf nur die Konsequenz der fortschrittlichen und kulturfeindlichen Bestrebungen, die seit geraumer Zeit die herrschenden Klassen und Regierungen in Deutschland verfolgen. Der Kampf der Liberalen aller Schattierungen gegen den Entwurf kann sie darüber nicht täuschen. Die Auffassung, daß ein Schulgesetz nach dem Entwurf mit seiner streng religiösen und konfessionellen Grundlage als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu verwenden sei, erachtet die Versammlung als naiv und absurd und als einen Beweis dafür, daß man gegenwärtig keine Ahnung hat, von den Grundursachen, welche die Sozialdemokratie hervorriefen und deren schließlichen Sieg bedingen. Die Versammlung kann das Heil der Volkserziehung nur von gesellschaftlichen Einrichtungen erwarten, durch welche die Religion als Privatsache erklärt, die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken ausgeprochen und die Weltlichkeit der Schule durchgeführt wird. Die Versammlung ist ferner überzeugt, daß weder die Regierung noch die herrschenden Klassen, die in preussischen Landtage ausschließlich vertreten sind, den Willen besitzen und ihn aus Klasseninteresse nicht besitzen können, diesen Grundfragen gerecht zu werden. Daher steht die Versammlung sowohl dem Entwurf wie allen von jener Seite ausgehenden Reformvorschlägen feindselig und ablehnend gegenüber.“

Derwahr! Anschließt über die Lage der Reichseigenen des Keinerkönigs Julius in Trautenaun giebt

und das ausgezeichnete Buch des Dr. J. Singer: „Traurig, ja widerlich ist das Bild der Bekleidungs- zustände im östlichen Teile meines Beobachtungsgebietes, namentlich in Trautenaun. Eine Kopf- und Fuß- bekleidung der Arbeiter und Arbeiterinnen ist im Sommer wie im Winter an Werktagen durchaus nicht immer, ich kann sogar sagen nur ausnahmsweise, zu sehen. Die Flachspinnerrinnen, die während der ganzen Arbeitszeit mit den Fußsohlen und zuweilen selbst bis zu den Knöcheln im Wasser stehen, kehren auch zur Winterzeit tief im Schnee wadend barfuß heim. Die Kleider der Erwachsenen und der Kinder beiderlei Geschlechts sind dürftigster Art und dabei so unreinlich, daß sie schon in ziemlicher Distanz den unangenehmen Geruch verbreiten, der in den Fabrik- räumen so lästig wird. Selbst der Sonntagsanzug ist nicht viel besser; nur für die Fuß- und Kopf- bedeckung ist an Sonn- und Feiertagen gesorgt. Am schlimmsten ist es mit dem Nachtlager bestellt. Wie nachteilig die Verwahrlosung im Anzuge und in den Schlafräumen auf das Befinden und Aussehen der Arbeitenden wirkt, davon konnte ich mir die schmerz- liche Ueberzeugung verschaffen, so oft ich mich an die Ausgangspforte einer Trautenauner Fabrik zu einer Zeit stellte, in welcher die Arbeiter dieselbe verließen. Es gehörte die Feder eines Jola dazu, um all das zu schildern, was mir dort vor Augen trat: Fahl- e, hohl- kugelige Kinder mit rhachitisch gekrümmten Beinen, vor- zeitig gewellte Mädchen, abgehärmte Frauen und ent- fleischte Männergestalten zogen vor mir vorüber, und ich mußte mir bei diesem Anblick sagen: Wird die Ge- sellschaft noch lange nicht zum Bewußtsein kommen, daß sie die Verantwortlichkeit für all diesen Jammer trägt und daß sie für Abhilfe oder doch für Milderung sorgen muß?“ Und an anderer Stelle: „Der Leiter einer Maschinenfabrik in der Nähe Trautenauns er- zählte mir, daß ihm die Akquisition von geeigneten Lehrlingen so schwer falle; er könne die Burschen wegen ihrer zurückgebliebenen Entwicklung frühestens vom 16. Jahre an gebrauchen, und selbst unter den in diesem Alter physisch geeigneten sei die Auswahl eine sehr beschränkte. Als ich mir hierüber nähere Auf- klärung erbat, meinte er, die Auswahl sei deshalb so sehr beschränkt, weil die überwiegende Mehrzahl der jungen Burschen, von ihrem 14. Jahre angefangen, wenn nicht schon früher, in Flachspinnereien tätig und für ihn absolut untauglich sei; in solchem Grade ver- bumme die Arbeit in den Flachspinnereien, stumpfe sie die Burschen ab, daß sie schon nach zweijähriger Tätigkeit in denselben die eine größere Anstellung heischenden Handgriffe eines Maschinenmeisters zu er- lernen unfähig werden.“

× Berlin. „Grüß Gott!“ „Dem Regierungs- Schul- und Konsistorial-Rat Julius Hermann Eis- mann ist der Charakter als Geheimer Regierungsrat verliehen.“ Das wird jetzt der staunenden Mitwelt verkündet. Er, um den es sich hier handelt, hat als gewitzter Redologe und pffiffiger Gottesmann in dem Amt eines Seminarlehrers, Schul-, Konsistorial- und Geheim- rates alle erforderlichen und nicht unbedeutlichen schul- politischen Wandlungen mitgemacht, welche von dem bis- gottlichen Mühler'schen Regiment über Falk hinweg bis zu Zedlig-Trümpflichler nötig erschienen. Was dem Manne an Rückgrat jederzeit gefehlt hat, ersetzte er durch aal- glatte Gewandtheit und den festen Blick des Strebens auf das Ziel. Und dieses Ziel war und wird ferner bei Herrn Eismann die Befriedigung des eigenen kleinen und kleintlichen Ichs sein. — Eismann grüßte vor Jahren — unter Mühler — zu allen Tages- und Jahreszeiten nicht anders als mit einem feibungsvollen „Gott grüße Sie!“ Und den gleichen Gruß forderte er von „seinen“ Seminaristen in Kyritz, Zondern u. s. w., die er ebenso frömmelnd als hochmütig und despotisch zu behandeln pflegte. Uebrigens war er infolge dessen bei Lehrern und Schülern gleichmäßig verhaßt. Und damit genug für heute.

Grüß Gott, Herr Geheimrat! —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In der österreichischen Armee sind Miß- handlungen der Mannschaft durch Vorgesetzte gleich- falls keine Seltenheit, obwohl so brutale Fälle, wie sie in dem Erlaße des Prinzen Georg von Sachsen auf- gezählt wurden, nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Bereits in der Sitzung des österreichischen Ab- geordnetenhauses vom 11. Dezember 1888 erzählte bei der Beratung des Wehrgesetzes der Abg. Heinrich:

Ich habe mit meinen eigenen Augen gesehen, wie die Söhne des Volkes von den Unteroffizieren be-

handelt wurden. Sie wurden mit den Fäßen gestochen, mit den Kolben geschlagen, gesprengt, bei den Haaren gezaust. Das Alles habe ich von meinem Fenster beobachtet und mußte das beobachten. Ich habe gesehen, wie mancher dieser armen Soldaten in Reih' und Glied stand und schluchzte, daß ihm die Tränen über die Wangen hinabfloßen. . . . Eine ganze Menge von Soldaten erschießt sich, weil sie es nicht aushalten. In Venedig ist eine kleine Garnison, und der Herr Abg. Dr. Engel kann bestätigen, daß daselbst in kurzer Zeit sich fünf Mann erschossen haben. (Hört!) Einer von ihnen hatte sich nicht gut getroffen und sagte vor dem Tode vor Zeugen aus, er habe sich erschossen, weil er die Selatur nicht mehr aushalten konnte. (Hört!)

Seit dieser Zeit haben die Selbstmorde immer mehr zugenommen, doch würde wol noch lange keine Abhilfe erfolgt sein, wenn nicht der Erlaß des Prinzen Georg auch in unserem Nachbarstaate bei den Militärbehörden berechtigtes Aufsehen hervorgerufen hätte.

Italien.

Reggio d'Emilia. Der Sindaco hat eine Kundmachung erlassen, in welcher die Arbeiter zur Ruhe aufgefordert werden. Der Viktor Emanuel-Platz ist militärisch besetzt. Eine Ansammlung von etwa fünfhundert Arbeitern, welche Brot und Arbeit verlangten, wurde zerstreut.

Portugal.

Der Staatsbankrott ist fertig. Die Beamtengehälter werden mit 20 pCt. Steuern belegt, der König verzichtet auf ein Fünftel der Zivilliste, man spricht von Verkäufungen unnützen, nicht zu haltenden Kolonialbesitzes. Das aber wird wieder die nationale Eitelkeit verletzen und ebenfalls Unruhen hervorrufen. Bürgerliche Blätter („Allgemeine Zeitung“, München, z. B.) wundern sich, daß die Republikaner sich so ruhig verhalten. Es kann dies die Ruhe vor einem großen Sturme sein.

Frankreich.

Man hat die Municipalwahlen nicht vom 1. Mai hinweg auf einen anderen Tag verlegt, wie unsere Genossen annehmen, aus Furcht, der internationalen Arbeiterkundgebung dieses Tages nicht noch mehr Gewicht zu verleihen. So haben die französischen Arbeiter also am 1. Mai dieses Jahres einen dreifachen Feiertag, da derselbe ein Sonntag ist, und eine Feier wird die andere stützen und heben. — Die Syndikatskammer der Textilarbeiter von Boubaix hat in ihrer Generalversammlung vom vorigen Monate eine Resolution gefaßt, daß die Fachvereine gesellig ermächtigt werden, mit den Unternehmern allgemein verbindliche Lohnsätze auszuarbeiten, die vor allen Gerichtstribunalen als Norm gelten und nur durch Vereinbarung zwischen den Unternehmern und Fachvereinen abgeändert werden können. — In Bordeaux haben Lafargue und Guesde auf dem Kongreß der „katholischen Zirkel“ (Vereine) ein Turnier mit den hochweisen Vertretern des christlichen Sozialismus gehabt vor einem aus einer Menge „Honoratioren“, „Priestern“ und „Bolk“ bestehenden Publikum und haben den Herren schön heimgegeist.

Schweden.

Die schwedischen Sozialdemokraten in Stockholm veranstalteten am 1. Februar eine große Demonstration, welche Anlaß zu einem Zusammenstoße mit der Polizei gab. Die beschäftigungslosen Arbeiter hatten an die Stadtverwaltung eine Petition gerichtet, in welcher sie verlangten, daß zur Linderung der Not große öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden sollten. Ueber diese Petition sollte gestern in einer Versammlung auf der Börse verhandelt werden und, um einen Druck auf die Versammlung auszuüben, marschirten die Sozialdemokraten in einer großen Prozession nach der Börse. Unterwegs schlossen sich viele Reugierige dem Zuge an, und dieser wurde zuletzt so groß, daß der Verkehr gestört wurde. Die Polizei schritt ein, und es kam zu einem Zusammenstoße, so daß die reitende Polizei und Truppen aufgeboten werden mußten, um die Straßen zu säubern, um die Ordnung wieder herzustellen. Ueber 50 Personen wurden verhaftet. Die Versammlung auf der Börse ließ sich indes durch den Vorgang nicht stören. — Die Polizei schritt ein, um die Ordnung, die sie offenbar zuerst gestört, wieder herzustellen.

Arbeiterbewegung.

Vom Streik der Berliner Weißgerber Her bleiben noch 35 Ausgesperrte zu unterstützen.

Die Kommission.

Aus Hanau wird geschrieben: Der Streik der Diamantschleifer von der Firma Cohn jun. ist durch

den Fachverein der Diamantschleifer für beendet erklärt worden; demzufolge nahmen die Ausständigen die Arbeit wieder auf. Die Firma ließ sich trotz der 11wöchentlichen Dauer des Streiks mit der Streikkommission der Diamantschleifer in keinerlei Unterhandlungen ein, sondern suchte sich durch Aufrufe ihrer Agenten und durch Zeitungsannoncen Streikbrecher zu verschaffen, hat sich aber darin in Folge der Wachsamkeit der Kollegen gründlich getäuscht. Um noch längeres Hinausziehen des Streiks zu verhindern, trat eine Kommission des Vereins „Arbeiterschutzes“, welche zu diesem Zwecke und auch im Interesse der Mitglieder dieses Vereins, unter denen sich ziemlich viele Diamantschleifer befinden, gewählt worden und der zwei Vorkämpfer des gewerblichen Schiedsgerichts beigegeben waren, mit der genannten Firma in Verbindung. Infolge der Bemühungen der beiden Gewerbeschiedsgerichts-Mitglieder wurden die Differenzen beigelegt. Die Diamantschleifer ließen ihre Forderung: „Beseitigung des Geschäftsführers“ durch Beschluß einer Mitgliederversammlung des Diamantschleifer-Vereins als unausführbar fallen, und erhielten ihrerseits von der Firma Folgendes bewilligt: Humane Behandlungsweise, Auszahlung von zwei Drittel der in Arbeit befindlichen Ware, Zurücknahme der Kündigung bis auf die zweite Arbeiter, welche, um der Beilegung der Sache nicht hindernd im Wege zu stehen, auf die Wiederaufnahme in das Arbeitsverhältnis verzichteten und anderweitig Arbeit nehmen werden.

Das Malerpersonal der Steingutfabrik in Kolmar i. P. hat wegen Lohnkürzung die Arbeit niedergelegt und ersucht um Fernhaltung des Zugangs.

Der Kampf der Londoner Buchbinder um den Achtstundentag dauert fort. Ein erfreuliches Moment ist, wie der „Trade Unionist“ bemerkt, daß es den Unternehmern unmöglich war, Irländer als Streikbrecher zu bekommen.

Die ausgesperrten Bergleute des Köflacher Reviers in Oesterreich ersuchen in einem Aufrufe die deutschen Bergleute um Unterstützung mit der Bemerkung, daß sie bisher nur wenig Solidarität in den Kreisen derselben beobachtet hätten. Unterstützungsgelder für die österreichischen Bergleute nimmt Joh. Meyer, Gelsenkirchen, Friedrichstr. 147, entgegen.

Um Konflikte solcher Art, wie sie in Nürnberg vorkamen, zu vermeiden, haben die „Frank. Tagespost“ meldet, die Brauerei-Inhaber Fürths beschlossen, eine Lohnkommission, bestehend aus Brauereibesitzern und Braugehilfen, zu bilden. Dieses Entgegenkommen findet seitens der Arbeiter volle Anerkennung, nur ist zu bedauern, daß in einzelnen Brauereien die Arbeiter förmlich überrumpelt wurden, so daß es ihnen gar nicht möglich war, sich über die zu wählenden Personen zu verständigen. Zur Wahl wurden Böttner, Maschinisten, Fuhrleute zc. zugelassen, die größtenteils besser bezahlt sind und keine so lange Arbeitszeit haben wie die Braugehilfen, von denen deshalb auch nicht erwartet wird, daß sie die Interessen der Brauer vertreten.

Gegenüber dem frechen Auftreten von Streikbrechern in Stuttgart rät die „Schwäbische Tagwacht“ den Arbeitern, sich um diese Leute nicht weiter zu kümmern, es solle um ihretwillen auch nicht ein braver Arbeiter auch nur eine Stunde im Gefängnis zubringen. Wir schließen uns diesem Rate durchaus an und wollen nur noch bemerken, daß es zwar sehr schwierig ist, aber nichts desto weniger Pflicht der charaktervollen, zielbewußten Arbeiter bleibt, das Unwesen der Streikbrecherei durch überzeugende Aufklärung jener Arbeiter einzubämmen, die sich dem Kapital zu solchem entwürdigenden Dienste zur Verfügung stellen.

300 Buchdruck-Hilfsarbeiterinnen sind nach Beendigung des Buchdruckerstreiks in Leipzig nicht wieder eingestellt worden.

Bezüglich der Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen, auf welcher berichtet wurde, die Schmiede-Organisation sei eine mangelhafte und das Zunftwesen bei dieser Branche noch vorherrschend, schreibt uns Herr R. Koll, Vertrauensmann der Schmiede Sachsens (Leipzig-Schleusig), daß die gewerkschaftliche Organisation überhaupt der gesamten Arbeiter noch keine vollkommene sei, was ja die Vorarbeiten zum Gewerkschaftskongreß bewiesen. Jener den Schmieden gemachte Vorwurf sei nur dadurch zu erklären, daß die betreffenden Berichtstatter die Verhältnisse in der Schmiedebranche nicht kennen. Der Schmied gehöre mit zu den am meisten ausgenützten Arbeitern, werde jedoch niemals dem noch schlechter dastehenden Arbeiter die Unterstützung verweigern oder ihn gar noch verspotten. Die Berichtstatter sollten die Verhältnisse genauer studiren, ehe sie Vorwürfe der erwähnten Art erheben.

Budapest. Auf dem Antonyschen Steinmetz-Workplatz ist am 3. d. M. ein Streik ausgebrochen.

zu geräumter Zeit wurden die Arbeiter durch herabgedrückt, daß der Durchschnittslohn um 6 fl. herabgelunden ist. Die Steinmetzen sind sich gedrungen, dem gegenüber ihre Forderungen anzustellen, erhielten jedoch eine ablehnende Antwort. Daraufhin legte das ganze Personal die Arbeit nieder. Zugug ist ferngehalten. Unterstützung notwendig.

Zum Dienstboten-Club. In Wien schrieb eine „Herrschaft“ ihrem zweiten Dienstmädchen im Abgangzeugnis: „Sonst treu und fleißig, aber eine Soldatenläufige.“

Schändlich! In der Dresdener königlichen Geschloßfabrik wurden am 1. Februar bedeutende Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen vorgenommen. Wol die Hälfte (zirka 200) kamen außer Arbeit.

Zum Verkauf wird eine Oberleder-Gerberet (in Kupferhammer bei Bradwede, Westfalen) in der „Deutschen Gerberzeitung“ angeboten. Der Besitzer, Dr. Karl Müller, empfiehlt die Gerberet wegen ihrer vollkommenen Einrichtungen und nach aus einem weiteren Grunde, dessen Wichtigkeit Herr Dr. Müller durch Sperdruck der betreffenden Worte andeutet: „Arbeitslöhne billig, Arbeitsverhältnisse günstig.“

Günstig sind die Arbeitsverhältnisse natürlich nicht für die Arbeiter, deren niedrige Löhne der Pfiffer ja rühmend hervorhebt, sondern für die Unternehmer.

Gerichtliches.

Redakteur Gustav Stengele aus Hamburg ist am 6. Februar aus der schleswig-holsteinischen Landesveste Glückstadt entlassen worden, wofür er sechs Monate lang wegen Preßvergehen saß. Er rühmt die gute Behandlung, die ihm daselbst seitens der höheren wie niederen Beamten zu Teil geworden sei.

Genosse Franz Derzel, Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, wurde vom Landgericht Dresden wegen öffentlicher Beschimpfung der christlichen Kirche und deren Gebräuche (§ 166 des Str.-G.-B.) verurteilt in einem Artikel „Ein konservatives Programm“, zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Verhaftung eines Wechselräubers. Mannheim. Der Wechselräuber Lang wurde in München festgenommen. Es war bekannt, daß die Spuren des Flüchtigen nach München führten, jedoch waren die Nachrichten von einer bereits früher erfolgten Verhaftung verfräht. Im Besitze Langs wurden von den erschwindelten 25 000 Mk. nur noch 12 000 Mk. vorgefunden, während er 6000 Mk. verspekulirt und den übrigen Betrag auf sonstige Weise verausgabt haben soll.

Kanten. Der jüdische Metzger Buschhof, welcher des Kantener Knabenmordes verdächtig ist, ist abermals verhaftet und nach Cleve gebracht worden.

Kleine Chronik.

Es lebe die Konkurrenz! Zur Empfehlung seines Omnibus publizirt in Brandenburg a. S. ein Fuhrmann Folgendes: „Da meine Konkurrenz jetzt billiger fährt, zeige an, daß ich auch jetzt billiger fahre. Außerdem erhält jeder Fahrgast ein Glas Punsch und einen Pfannkuchen gratis.“

Die Stittlichkeit unserer „besseren“ Stände wird sehr gut illustirt durch die Dugende Annoncen, in welchen Damen der „besseren“ Stände diskreter Aufenthalt zu Entbindungen angeboten wird. Wenn die jungen Mädchen der „besseren“ Stände sich nur zu Ammen eignen möchten, könnten sämmtliche Spreewalberinnen ihre Unschuld bis zur Ehe bewahren.

Dem Dienst in der Ferienkolonie haben sich 34 junge Männer durch unerlaubte Entfernung entzogen. Die königliche Staatsanwaltschaft Heilsbrunn ladet dieselben mittelst Ausschreibens zur Hauptverhandlung.

Drossen. Dem „Sonnenburger Anzeiger“ wird aus Gleichen geschrieben: Unser Ort ist in voller Aufregung. Der hiesige Ortsgemeinliche, Pastor Duffin, ist am vorigen Dienstag flüchtig geworden, weil ihm die Verhaftung wegen Vergehen gegen § 174 (unzüchtige Handlung mit Kindern und Schülern) unmittelbar bevorstand. Bei dem Amtsgericht in Zielengig waren bereits in der Voruntersuchung die Eltern und die betreffenden Kinder verhört worden. Die Handlungen sind an 9- bis 14-jährigen Mädchen, welche mit der fünfjährigen Tochter des Gemeinlichen zu spielen pflegten, vorgenommen worden. Vor der Flucht pumpte D. den Gutsinspektor um 200 Mark an, welche Summe er wol als Reisegeld nötig hatte. Gegen den Pastor herrscht eine maßlose Erbitterung auch darüber, daß man ihm Zeit zum Entweichen ließ. Dieser bellagenswerte Fall ist seit zwölff Jahren der dritte in der Düböse Drossen, in welcher

die Geistlichen wegen Ungenügend auf die Anklagebank kommt. In früherer Erinnerung sind noch die Schandtaten im Dorfe Tempel bei Zielentz, wobei der Geistliche auch Zeit zur Flucht hatte. Der Gedanke, den Stoff zu einer Illustration zum neuen Volksschulgesetzentwurf zu verwenden, liegt äußerst nahe und wird von Vielen gemacht.

Prostitution. Ein königlich preussischer, hoher Justizbeamter, Rat, Ritter hoher Orden, 42 Jahre alt, evangelisch, 8000 Mk. Einkommen, große, stattliche Erscheinung, bietet sich in der „Vossischen Zeitung“ aus. Dasselbe tut daselbst ein „Kavalier von altem, wohlklingendem Adel“, sowie „ein Beamter, 27 Jahre, evangelisch, 3600 Mk. Einkommen, auch sonst nicht ohne Vorzüge“. In einer einzigen Nummer der „Vossischen Zeitung“ bieten sich nicht weniger als 25 Herren und Damen aus. Bei den ersten wird für die Prostitution vor allem auf Vermögen gesehen, bei den letzteren scheint vielfach nur der Name des Mannes zur Deduktion früherer Sünden oder zur Heilung bösen Rufes dienen zu sollen. Dieses öffentliche Feilbieten, das in den „besseren“ Kreisen mehr und mehr zur Gewohnheit wird, ist charakteristisch für die Verwahrlosung der Gesellschaft, die sich ihres „christlichen“ Charakters so besonders rühmt und die Religion fortwährend im Mund führt.

Wien. Der Krakauer Professor Adamkewitsch, welcher hier seit Monaten Versuche mit einem Krebsheilmittel unternimmt, stellte der Gesellschaft der Ärzte einen Patienten vor, der durch das Verfahren vollständig geheilt. Adamkewitsch teilte mit, daß die Drüsen nach vierzehntägiger Behandlung gänzlich verschwunden, welche ein halbes Jahr hindurch langsam, aber stetig gewachsen seien. Der Heilungsprozeß erfolgte unter dem Einflusse von Injektionen, welche auf andere als krebstartige Gebilde keine Wirkung ausübten. Adamkewitsch versicherte, die Wirksamkeit seines Mittels sei jetzt zweifellos. Die Professoren Billroth und Kundrat widersprachen jedoch der Behauptung, daß das Mittel unbedingt sicher sei.

Parlamentsbericht. Deutscher Reichstag.

162. Sitzung.

Zur zweiten Beratung steht der Gesetzentwurf, der den Reichsrat ermächtigt, die Zulieferung der Vereinstaler österreichischen Gepräges unter Einlösung derselben auf Rechnung des Reichs im Wertverhältnisse von 8 R. für den Taler anzuordnen.

Die XIII. Kommission hat die Vorlage einstimmig angenommen.

Referent Abg. Bacher bewertete, daß die Vorlage mit der Währungsreform in gar keinem Zusammenhang stehe und daß demnach die Debatte in der Kommission sich sehr vereinfacht habe.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen. Der Etat schließt ab in Einnahme mit 55 639 000 R., mehr gegen das Vorjahr 677 000 R. Die Ausgaben für die Zentralverwaltung betragen 83 200, die für die Betriebsverwaltung 85 731 000, zusammen 35 814 200 R. Der Ueberschuß beläuft sich auf 19 824 000 R. An einmaligen Ausgaben werden 14 358 500 R. gefordert.

Die Budgetkommission (Referent Abg. Hammacher) beantragt die unveränderte Genehmigung der Einnahmen und der ordentlichen Ausgaben.

Abg. Dr. Zingens (Zentr.): Es ist anzuerkennen, daß auch im letzten Jahre seitens der Generaldirektion der Reichseisenbahnen an der Durchführung der Ordnung Gottes, der Sonntagstrafe, für die sämtlichen Beamten weitere Fortschritte gemacht worden sind. Es ist aber noch immer nicht genug geschehen. Die Zentralverwaltung verfährt noch immer viel zu burokratisch bei ihren Maßnahmen zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Beamten.

Minister Thielen: Zum Studium der betr. Verhältnisse an allen in Betracht kommenden Orten ist eine Kommission abberufen worden, welche für die Regelung und Durchführung der Sonntagstrafe im Einzelnen auf Grund der sogenannten Erfahrungen Vorschläge zu machen hat.

Abg. Schrader (Hr.): Die Frage der Reform der Eisenbahn-Tarife hat im vorigen Jahre eine besondere Kommission des Reichstages beschäftigt, welche aber nicht mehr zur Berichterstattung gekommen ist. Heute haben wir nun seitens der Verwaltung nur die Erklärung erhalten, daß die finanzielle Lage in Preußen und Deutschland überhaupt eine weitere Reform der Tarife unendlich mache. Die preussische Staatskasse hat im vorigen Jahre eine etwas geringere Summe von den Staatseisenbahnen erhalten als sonst, obwohl der Ueberschuß der Bahnen nach wie vor ein außerordentlich hoher ist. Aber die Verbindung der preussischen Bahnen mit der Staatseinnahme mache nach der Ansicht des Herrn Mikael weitere Reformen zur Zeit unmöglich. Die Reichseisenbahnen spielen nun im Vergleich zum Reichshaushalt eine bescheidenere Rolle. Demnach sollen wir durch die Lage der preussischen Bahnen an jedem Schritt der Reform verhandelt sein.

Minister Thielen: Die preussische Staatseisenbahn-Verwaltung weiß sich davon frei, daß sie an der Fortführung der Reform der Personentarife gerade durch ihre Eigenschaft als Staatseisenbahn-Verwaltung gehindert würde. Sie hat eine große Anzahl von Verkehrsvereinfachungen und Verbesserungen

geschaffen, welche direkte Reformen waren. Den Reformbestrebungen ist neben den Rücksichten auf die Finanzlage noch das andere Moment hindernd in den Weg getreten, daß man sich über ein Reformprojekt, das allen Anforderungen genügte, noch nicht hat einigen können.

Abg. Zingens bittet bei der Ordnung der dienstfreien Zeit an Sonntagen um möglichsie Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Konfessionen.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) kann nicht einsehen, wie gerade die Verstaatlichung an dem Aufschub der Reform schuld sein soll.

Abg. Schrader verwahrt sich gegen die aus seinen Bemerkungen durch den Minister gezogenen Schlußfolgerungen. Er habe keineswegs die preussische Staatsbahnverwaltung kritisieren, sondern nur ablehnen wollen, daß man die Verhältnisse der preussischen Staatsbahn-Verwaltung zum preussischen Etat als maßgebend für die Reichs-Eisenbahnen hinstelle. Die zu lange zurückgehaltene Reform müsse nachher in viel größerem Umfange, als erwünscht sei, gewährt werden. Allerdings seien die früheren Reformpläne des Ministers Maybach nicht einstimmig günstig aufgenommen worden, aber deshalb sei die Vertagung der ganzen Reform nicht gerechtfertigt. Die Verkehrsvereinfachungen, welche dem Staatseisenbahn-System angehängt werden könnten, würden auch durch die Privatbahnen eingeführt worden sein; solche Verkehrsvereinfachungen drängen sich von Jahr zu Jahr von selbst auf, und Tarifermäßigungen und Verkehrsvereinfachungen sind auch von den Privatbahnen in großem Umfange durchgeführt worden. Mit der Tarifreform sind seiner Zeit die Privatbahnen gegen den Willen der Staatseisenbahn-Verwaltung vorgegangen.

Abg. v. Schallische (Zentr.): Wenn die Eisenbahnen in ihren Erträgen zurückgehen, dann muß gespart werden, und man darf sich nicht darauf beschränken, das Sparen bloß zu empfehlen.

Abg. Krause (Hr.): Die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers machen auf mich den Eindruck, als ob nicht die Finanzschwierigkeiten an der Stauung der Reform schuld sind, sondern allgemeine Erwägungen, welche die Regierung bestimmt haben, grundsätzlich einer solchen Ermäßigung zu widerstreben. Die vom Minister angeführten Verkehrsvereinfachungen sind absolut kein Verdienst des Staatseisenbahn-Systems; sie wären alle auch unter dem gemäßigten System eingetreten. Heute sind wir ausschließlich auf die Regierung angewiesen, wenn wir Verbesserungen verlangen. Darum muß ganz speziell für die Reform des Personentarifs die Stimme im deutschen Reichstage erhoben werden. Was Herr von Schallische vorbrachte, konnte ebenso gut für den Abbruch der Eisenbahnen geltend gemacht werden. Eine ernstliche Reform der Personentarife, wie wir sie verlangen, geht nicht gleichgiltig an der Frage der Verminderung der Steuern vorüber, sondern erstreckt vielmehr die erhöhte Kapitalumschlagung des in den Staatseisenbahnen angehäuften Kapitals. Seit der Verstaatlichung ist übrigens durch die Reform der Einkommensteuer allerdings eine neue Steuer oder doch die Erhöhung einer bestehenden Steuer eingeführt worden. Der Vorgang Ungarns darf uns nicht müßige Zuschauer bleiben lassen. Der Verkehr muß verallgemeinert, verbilligt und bequemer gemacht werden; die Beibehaltung der vierten Klasse ist also nicht in der Richtung einer wirklichen Reform gelegen.

Minister Thielen: Ich bin keineswegs ein entrüsteter Gegner der Reform der Personentarife, halte diese Reform vielmehr für um so mehr geboten, als die geltenden Tarife weder ein Raster von Einfachheit, noch von wirtschaftlicher Logik sind. In beiden Richtungen muß auf ihre Reform Bedacht genommen werden.

Abg. Müller (natl.) unterstützt die Forderungen des Abg. v. Stumm auf Ermäßigung der Tarife für Rohstoffe, welche als Massen Güter betrachtet werden. Die Ermäßigung der Personentarife sei wohl daran gescheitert, daß Niemand etwas Befriedigendes für die Reform vorschlagen konnte; es werde deshalb in der nächsten Zeit aus der Reform nichts werden. Sei der Reform der Gütertariife dürften allerdings auch die Gütergüter nicht übersehen werden.

Damit schließt die Diskussion; die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Unterbeamten und Arbeiter beschwert sich

Abg. Singer (Soz.): Wie die Militär- und Marine-Verwaltung hat sich auch die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung für ausgeprochen, die einer bestimmten politischen Richtung angehörigenden Arbeiter von der Beschäftigung in ihren Betrieben auszuschließen. Von der kaiserlichen Generaldirektion ist eine Verfügung erlassen, wonach die Arbeiter an Vereinen, deren Ziel der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung sei, nicht Teil nehmen dürfen, widrigenfalls sie entlassen würden. Das ist die bekannte Theorie von dem beschränkten Untertanenstand: Des Brot ich esse, des Lieb ich singe. Ueber diese Verhältnisse sollten wir vernünftiger Weise in Deutschland hinaus sehen! Der Staat hat sich um die politische Glaubensbestimmung der Arbeiter nicht zu kümmern, er darf höchstens politische Diskussion während der Arbeit bzw. des Betriebes von den Werkstätten fernhalten. Die Exzessen des Erlasses ist in der Kommission zugegeben worden. Auf Grund der Gewerbe-Ordnung haben die Arbeiter das Recht, sich zusammenzuschließen zum Zweck der Verbesserung ihrer Lage; sie brauchen dazu Versammlungen und Vereine. Die Verbinderung dieser Bestrebungen ist eine Einmischung in die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, der sich gerade eine Staats- oder Reichsverwaltung nicht schuldig machen sollte. Innerhalb des Betriebes soll nach den Erklärungen des Regierungsdirektors jede politische und agitatorische Tätigkeit untersagt sein. Trotzdem sind einmal während der Dienststunden die Leute veranlaßt worden, jeder 30 Pf. herzugeben, um dem scheidenden Vorgesetzten einen Fackelzug darzubringen; ebenso hat man sich gar nicht scheut, bei der Disziplinende die Arbeiter in Anspruch zu nehmen. Die Vorgesetzten dieser selben Arbeiter lassen bei Reichstags- und Gemeinderats-Wahlen Stimmzettel verteilen und sich als Kandidaten aufstellen, dagegen wird kein Verbot erlassen. Nach verbürgten Nachrichten strebt ja auch die Eisenbahn-Verwaltung danach, Erparnisse zu machen durch Herabsetzung der Löhne und Entlassungen von Arbeitern. In der Praxis wird leider weit über den Erlass hinaus gegen die Arbeiter vorgegangen. Ohne Angabe von Gründen hat man einen zwölf Jahre lang be-

schäftigten Arbeiter entlassen; von dem während dieser Zeit von ihm an die Klasse entrichteten Beiträgen erhielt er nur 10 viel zurück, daß er ein kleines Vermögen von 200 Mark einbüßte. Der einzige Grund, der für diese Entlassung vorliegen kann, ist der, daß der Mann vielleicht ein etwas ungewohnter Vertreter der Rechte der Arbeiter bei den Verhandlungen mit der Verwaltung war. Diese Entlassung zeigt, wie solche allgemeine Verfügungen ausgenutzt werden. Der Chef der Reichs-Eisenbahnen hätte seinen Eintritt in sein neues Amt nicht würdiger feiern können, als wenn er dem Unfug solcher Generalverfügungen ein Ende gemacht hätte. In einem anderen Falle wurde ein Arbeiter in eine Ordnungstrafe von 2 Mark genommen, weil er entgegen dem Verbot Tabak in der Fabrik verkauft habe. Es handelte sich dabei um die Abfassung einer ganz minimalen Quantität Tabak an einen Nebenmann. Die Werkmeister dagegen verkaufen Notizkalender, Kleidungsstücke u. dgl. während der Dienststunden an die Arbeiter, die sich durch die wirtschaftliche Uebermacht der Vorgesetzten so gedrückt fühlen, daß sie dagegen nicht aufzutreten wagen. Wir müssen gegen die Auffassung protestieren, daß die Arbeiter durch das Arbeitsverhältnis zu willenlosen Subjekten degradiert werden. In der Kommission haben sich nur die Vertreter der äußersten Rechten im Sinne der Verwaltung der Reichseisenbahnen ausgesprochen. Ich hoffe, daß der Chef dieser Bahnen den Beamten direkt unterlagern wird, eine solche Handlungsweise fortzusetzen.

Minister Thielen: Im ganzen Jahre 1891 sind nur fünf Arbeiter im Ganzen entlassen worden, die hier in Betracht kommen können, zwei davon wegen bringenden Verdachts der Unredlichkeit, zwei weil sie sich an Bestrebungen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beteiligten. (Hört! links. Zustimmung rechts.) Einen Unterschied zu machen, ob das Verbrechen in der Werkstatt oder außerhalb derselben geschieht, darauf kann sich die Verwaltung nicht einlassen. (Hört! links. Sehr gut! rechts.) Deshalb ist diese Bestimmung in die Arbeitsordnung aufgenommen. Die beiden Betroffenen haben sich lebhaft an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt und deshalb ist ihnen gelündigt worden; sie passen nicht in den Staats-Eisenbahndienst hinein. Von einem inquisitorischen Nachforschen nach der Gesinnung ist keine Rede; ich habe in diesem Sinne noch im Oktober an die Generaldirektion einen Erlass gerichtet. Die große Verantwortung, welche uns obliegt, verpflichtet uns, in unserer ganzen Verwaltung für strenge Ordnung und Disziplin zu sorgen. Die Generaldirektion ist angewiesen, die Gründe mitzuteilen. (Abgeordneter Bebel: Das sind andere Fälle!) Dann bitte ich mich noch die Namen derjenigen mitzuteilen, welche Sie meinen. Den Handel der Arbeiter in den Werkstätten kann ich nur mißbilligen; in noch höherem Grade natürlich mißbillige ich den Handel, der etwa von Bergleuten getrieben wird. Im allgemeinen kann ich nur anführen, daß gerade in der jetzigen Zeit die Verwaltung mit aller Vorsicht und Rücksicht auf die einzelnen Personen, aber auch mit aller Strenge vorgehen wird. (Beifall rechts.)

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Beratung vertagt. Der Präsident schlägt vor, morgen Anträge aus dem Hause zu beraten und zwar betr. die Entschädigung unschuldig Verurteilter, die Aufhebung der Getreidezölle und den Antrag Bindhorst betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Abg. Graf Balkeström (Z.): Auf Grund einstimmig gefaßten Beschlusses des Zentrums bitte ich, den letzten Antrag von der Tagesordnung abzusetzen. Wir stehen nach wie vor zu diesem Antrage, die Erklärung des preussischen Ministerspräsidenten vom 29. Januar hat aber zu unserm Bedauern gezeigt, daß die preussische Regierung sich ablehnend dazu verhält und daß der Antrag zur Zeit aussichtslos ist. Dieser Umstand allein würde uns nicht veranlaßt haben, darauf zu verzichten; wenn wir es dennoch tun, ist es im Hinblick auf die Tatsache, daß die Vorlegung des Volksschulgesetzes in Preußen eine hochgradige, wenn auch nach unserer Ansicht unbegründete Erregung im Lande hervorgerufen hat. (Bewegung, Abg. Bebel: Ein!) Wir müssen annehmen, daß die Verhandlung über unseren Antrag benutzt werden würde, diese Aufregung noch mehr zu verschärfen, und wir glauben dem Vaterlande einen Dienst zu erteilen, wenn wir dazu die Hand nicht bieten. (Hört! hört!) Wir vertrauen, daß die Wünsche des katholischen Volkes nach Aufhebung dieses Ausnahmengesetzes doch endlich erfüllt werden, und behalten uns vor, den Antrag zu geeigneter Zeit wieder anzuregen.

Präsident von Lwow: Diese Begründung eines Geschäftsordnungsantrages war etwas ausführlich! (Große Heiterkeit.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Februar 1892.

Stiftungsfest. Auf das am Sonnabend Abend im Saale der „Konfordia“, Margarethenstraße, stattfindende Stiftungsfest des hiesigen sozialdemokratischen Arbeitervereins machen wir hierdurch noch besonders aufmerksam. Die Feste dieses Vereins sind stets zur vollsten Zufriedenheit aller Teilnehmer verlaufen und auch für das bevorstehende hat der Vorstand ein ebenso reichhaltiges, wie gediegenes Programm aufgestellt. Wie wir hören, wird Genosse Hennig die Festrede halten. Es dürfte sich empfehlen, möglichst pünktlich zu erscheinen, da die Beteiligung an dem Vergnügen eine ziemlich zahlreiche zu werden verspricht.

Plötzlicher Tod. Am 8. d. M., Abends, wurde auf dem Grundstück Dohestraße 35 ein Mann tot aufgefunden, welcher, wie konstatiert wurde, in Folge eines Schlaganfalls zusammengebrochen und sofort gestorben war. Die Leiche wurde, da sich bei demselben Legitimationspapiere nicht vorfanden, nach der Anatomie geschafft. Der Verstorbene ist mittelgroß, schlant, hat dunkles Kopshaar dunklen Schnurrbart, trug dunkle Hose, braun karirtes Jaquet, schwarz und weiß gestreiftes wollenes Hemd und eine dunkle Stoffmütze.

Durchgegangene Pferde. Am 9. d. M. ließ ein weispänniger Wagen auf der Neuschstraße mit einem Pferdebahnwagen zusammen, infolgedessen der Kutscher und noch ein Insasse vom Wagen stürzten, während beide Pferde davon rasten und erst an der Ecke Altbäckerstraße und Ohlauerstraße aufgehalten wurden.

Religion und Ateismus. Zu diesem Thema, welches die Breslauer Zeitungen aller Parteisattirungen eingehend erörtern, schreibt uns ein Genosse Folgendes: „Ich glaube,“ sagte der Reichskanzler in der vorletzten Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses, „es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern um christlich und ateistisch“. Der Reichskanzler ist ein kluger Mann, um so klüger, da er es für gut findet, sich geradeaus zu geben, und sich so das Privilegium geschaffen hat, die Wahrheit sagen zu dürfen. Hier hat er entschieden den Nagel auf den Kopf getroffen, und es ist ebenso verwunderlich, wie charakteristisch, wenn trotzdem der stenografische Bericht meldet: Große anhaltende Unruhe und erregte Zwischenrufe links. Welchen Grund hatte eigentlich die große sittliche Entrüstung der Herren Volksvertreter von der Linken, unter denen doch gewiß — es soll das durchaus kein Vorwurf sein — gar mancher überzeugte Ateist geessen haben mag? Was war der Grund, daß Herr Dr. Friedberg den „lebhaften Beifall der Linken“ fand, als er dem Kanzler höchst patetisch das Wort entgegenstrebte: „Unerhört ist es in den Annalen des Parlamentarismus, uns den Vorwurf des Ateismus zu machen.“ Was war der Grund? Herr Kaprivi ist ein kluger Mann und Herr Kaprivi sagte: „Konflikte zwischen Ateismus und Teismus sind da; diese Gegensätze lassen sich nicht wegtäuschen, sie werden sich mit der Zeit noch verschärfen. Was die Regierung tun will, ist, sich nicht auf ein Verwischen einzulassen, wol aber auf ein Abgrenzen, und das haben wir durch diesen Entwurf erzielen wollen.“ In diesen Worten liegt überhaupt das Merkmal des ganzen Entwurfs. Verwischen sind unsere heutigen Verhältnisse, wie in allen Dingen, so auch in der Religion. Verwischen, vertuschen, das ist, wie in allen Dingen, so auch auf religiösem Gebiete, die Aufgabe der Bourgeoisie, der liberalen Linken, und darum getreten sie so, als ihnen Herr Kaprivi mit der Blendlaterne einmal ihr Dunkel aufzuhellen suchte. Darum traten sie alle schleunigst in die Lücke, damit durch dieselbe nur ja kein Lichtstrahl in das Hell Dunkel falle, in dem sie allein zu leben vermögen. Aber die Vertreter der Bourgeoisie können auch gar nicht anders; ihr Verhalten ist ihnen durch die Zusammensetzung ihrer Wählererschaft aufgedrängt. Um es der einen Hälfte derselben recht zu machen, die noch am Kirchenglauben festhält, müssen sie sich äußerlich als gläubig aufspielen, die andere, freigeistige Hälfte, entschädigen sie dann durch einen praktischen Ateismus, indem sie praktisch die Macht der Kirche einzuschränken suchen, praktisch den Grundsatz geltend machen: Religion ist Privatsache. Zudem so in der Brust eines armen Bourgeois-Vertreters zwei Prinzipien sich einander feindlich begegnen, entsteht jenes absichtliche Verwischen, welches der Reichskanzler meint und welches für eine so zielbewusste Reaktion, wie sie die Regierung gegenwärtig treibt, natürlich eben so gefährlich ist, wie für den entschlossenen, unentwegten Kulturfortschritt, den wir auf unsere Fahne geschrieben haben. Ja, es handelt sich wirklich jetzt, wie Herr Kaprivi erkannt hat, um den Kampf zwischen Teismus und Ateismus. Statt dessen hätte Herr Kaprivi allerdings besser die beiden Fremdworte uns Praktische übersetzt und gesagt: Es handelt sich um den Kampf der beiden Prinzipien: Soll die alte Verbindung von Kirche und Königtum wieder zum Leben erweckt werden, will Preußen zwei Staatskirchen, die evangelische und die katholische, anerkennen, oder schreiten wir fort auf dem Wege, der zur Anerkennung des Grundsatzes führt: Religion ist Privatsache? Und weil nun die Regierung mit festem Tritt den ersten bedeutenden Schritt zu einer schroffen Reaktion mit dem Volksschulgesetz getan hat, darum lärmen sie so, die „Liberalen“, und jammern, daß es aus sein soll mit dem Vermitteln, Verwischen, Vertuschen, und darum reichen sie sich die Hand zum Bunde und bilden die große liberale, die große Vertuschungspartei. Wir aber erkennen es Herrn Kaprivi gern an, daß er ein ehrlicher Mann ist, ein offener Reaktionär, der es sagt, was er will, Auge in Auge. Und wir brauchen uns auch weiter nicht aufzuregen über das neue Gesetz. Der liberale Stillstand, das Vertuschen und Versumpfen ist uns weit gefährlicher und hat eine viel zähere Lebenskraft, als solche trasse Reaktion. Die geht an sich selbst zu Grunde, und wahrhaftig schnell und bald! Wir also lassen ruhig die Verwischer Verbrüderungsfeste feiern und setzen dem Volksschulgesetz einen anderen Gegentwurf entgegen: „Religion wird in Zukunft auf

Volksschulen nicht gelehrt, denn Religion ist Privatsache!“ Noch allerdings wird dieses Gesetz ein bloßer Entwurf bleiben müssen, und inzwischen wird vielleicht das reaktionäre Gesetz der Regierung angenommen mit einer Majorität von 20 Stimmen. Aber unser Gesetz hat die Zukunft, und es wird einst angenommen mit der ungeheuren Majorität der ganzen zivilisierten Welt, und dann — dann haben wir gesiegt! — R.

Vom Arbeitshanje. Der Personalbestand im städtischen Arbeitshanje betrug Anfang Januar: 358 Männer, 162 Weiber; dazu kamen im Monat Januar: 47 Männer, 16 Weiber. Entlassen wurden: 33 Männer, 15 Weiber, so daß Ende Januar interniert blieben: 372 Männer, 163 Weiber, in Summa 535 Individuen.

Einbrüche. In der Nacht vom 7. bis 8. d. M. sind in dem Hause Flurstraße 2 mehrere Bodenkammern erbrochen und daraus ein Geldbetrag von 20 Mk., eine Brosche, ein Armband, eine Reisetasche und ein Hase gestohlen worden. — Desgleichen wurden am 9. d. M. in Häusern der Gräbchenerstraße und Tauenzienstraße verschiedene Bodenkammern erbrochen, jedoch ist, trotzdem alles durchwühlt war, nichts entwendet worden.

„Freiheit.“ Im Les- und Diskussionsklub „Freiheit“ hielt am Dienstag, den 9. Februar, Genosse Sachs einen Vortrag über das Thema: „Der Volksschulgesetzentwurf und die Sozialdemokratie“. Redner leitete denselben mit einem kurzen Abriss über die Entwicklung der Volksschulen ein und kam dann auf das neue Volksschulgesetz zu sprechen. Nach seiner Meinung bestände für die Regierung keine Pflicht, das Gesetz zu erlassen; es sei daher unzweifelhaft, daß man mit demselben nur die Sozialdemokratie treffen will, also eine Art Sozialistengesetz in neuer Form schaffe. Die Bestimmung, daß konfessionlose Schulkinder zur Teilnahme an dem Religionsunterricht gezwungen werden können, beweise dies wol am besten. Die Religion wird aber nicht im Stande sein, die Sozialdemokratie zu vernichten. — Des Näheren ließ sich Redner über den von einem Minister im Abgeordnetenhaus getanen Ausspruch aus, es gäbe keine allgemeine menschliche Moral, sondern nur eine allgemeine menschliche Unmoral, die durch die Religion, die durch die Religion in Moral umgekehrt werden müßte. Hiergegen lasse sich doch sehr viel einwenden. Die Religion beziehe sich in Allem auf Gott; das Gute könne aber geschehen, ohne daß man an einen Gott glaube; die Vernunft lehre uns schon, was schlecht und was recht ist. In den Kampf der Parteien könne man sich nicht einlassen, denn diese verfolgten andere Interessen als wir. Wenn wir auch nicht befürchten dürfen, daß dieses Gesetz uns Schaden werde, so dürfen wir aber doch nicht die Hände in den Schoß legen. Schließlich besprach Redner noch die Broschüre des Professor Felix Dahn, welcher anfangs den Liberalismus zum Kampfe ermuntert, dann aber lieber haben will, daß das Schwert in der Scheide stecken bleibe, und zwar aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Da brauchte dieser Herr sich doch nicht so zu erregen. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, aus welcher namentlich die Ausführungen des Genossen Zahn zu erwähnen sind. Alle Genossen sprachen sich im Sinne des Vortragenden aus. Um 11 Uhr bot die Polizei Feierabend, sodaß das Thema nicht weiter behandelt werden konnte. Der Vorstand wird dagegen Beschwerde erheben. M. K.

Gegen diesen polizeilichen Eingriff in das Vereins- und Versammlungsrecht muß unter allen Umständen geharnischte Beschwerde eingelegt werden. Es ist bereits durch Reichsgerichts-Erkenntnis festgestellt worden, daß Vereinsversammlungen nicht unter den Begriff der Polizeistunden fallen. Sie dürfen sogar ebenso wie andere öffentliche Versammlungen über Mitternacht, also bis in den folgenden Tag hinein, tagen. Der Klubvorstand hat daher schon im allgemeinen Interesse die Verpflichtung, diesen Eingriff der Polizei in unsere Rechte mit allem Nachdruck bis zur höchsten Stelle zu verfolgen! Die Redaktion.

Zur Ermittlung. Am 25. v. M. wurde, wie wir seiner Zeit berichtet, der Direktor des Viehärztlichen Etablissements, Herr Hippauf, auf der Gartenstraße in seinem in demselben Hause befindlichen, verschlossenen Privat-Komptoir früh 9 Uhr auf dem Sofa erschossen aufgefunden. Es wurde sofort von dem Geschäftsführer, dem Buchhalter und Oberkellner des Etablissements eine Revision der Leiche vorgenommen und hierbei nur ein Portemonnaie mit einigen Mark Inhalt vorgefunden. Es ist nun nachträglich Folgendes festgestellt worden: Am Sonntag, den 24. Januar, hat H. in seiner auf der Gartenstraße belegenen Wohnung einen kleinen Handkoffer mit Kleidungsstücken und Wäsche eingepackt und seinen Angehörigen erklärt, daß er am nächsten

Tage verreisen müsse. Diesen Koffer ließ sich H. von seinem Dienstmädchen nach seinem Privat-Komptoir, Abends 7 1/2 Uhr, bringen, wo er denselben in Empfang nahm. Am demselben Abend war H., wie festgestellt ist, im Besitze einer Brieftasche, welche 6 Hundert-Markscheine enthielt; außerdem hat sich H. nach beendeteter Vorstellung, 10 1/2 Uhr Abends, von dem Kassierer einen Hundertmarkschein und einen Fünfundzwanzigmarkschein geben lassen, so daß er im Besitze von 750 Mark war. An dem Tage, wo H. als Leiche aufgefunden wurde, ist weder der erwähnte Koffer noch eine Brieftasche mit Inhalt aufgefunden worden. Da sich H. in seinem Privat-Komptoir von innen eingeschlossen und den Schlüssel abgezogen hatte, so ist nicht anzunehmen, daß die erwähnten Sachen nebst Inhalt gestohlen worden sind. Es liegt vielmehr die Vermutung vor, daß H. die Sachen am Abend des 24. Januar irgend wohin getragen hat. Es mögen sich deshalb im Zimmer 19 des Polizei-Präsidiums diejenigen Personen melden, welche über den Verbleib der angegebenen Gegenstände, sowie darüber Auskunft geben können, mit welchen Personen H. am 24. Januar, Abends nach 10 3/4 Uhr, noch zusammen gewesen oder später noch gesehen worden ist.

Wieder etwas vom St. Vinzenzhanz. Sogar das fromme Vinzenzhaus ist vor der edlen Junst der Langfinger nicht sicher. Am Mittwoch, den 10. d. Mts., wurden dem dortselbst angestellten Koch 10 Mark und dem Haushälter 40 Mark aus seinem verschlossenen Reiseforb gestohlen. Bedauerenswert ist der arme Haushälter, der für seine schwer verdienten und zusammengesparten 40 Mark sich einen neuen Anzug kaufen wollte. Tyudichum.

Unterschlagung. Am 9. d. M., Abends, ist der Kommiss Georg Köneke nach Unterschlagung von 7000 Mark Papiergeld aus Leipzig flüchtig geworden. K. ist mittelgroß, hat blondes Haar, geundenes volles Gesicht und an der einen Schläfe einen linsengroßen blauen Fleck. Auf die Ergreifung des Flüchtigen ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt worden.

Diebstahl. Einem Kaufmann auf der Malergasse sind seit längerer Zeit Saitlinge (Därme) im Wert von mindestens 2000 Mark gestohlen worden. Der Dieb ist noch nicht ermittelt.

Sozialdemokratie und Kriegervereine. Bekanntlich wollte der Kriegerverein zu Deutsch-Wilmersdorf eine Fahne haben und kam deswegen beim Landrat ein. Dieser verfügte, daß der Verein nur dann eine Fahne haben dürfe, wenn die Statuten geändert und die Sozialdemokraten aus dem Vereine ausgeschlossen würden. Das geschah. Die Sozialdemokraten wurden ausgeschlossen. Dieselben ließen sich das nicht gefallen und beschwerten sich auf dem Klagewege. Das Kammergericht zu Berlin entschied aber dahin, daß der Ausschluß zu Recht bestehe und daß nur derjenige, welcher einen Eid leistet, nicht Sozialdemokrat zu sein, wieder aufgenommen werden müsse. Nach diesem Urteil des höchsten preussischen Gerichtshofes ist anzunehmen, daß noch andere Kriegervereine ihre Statuten im Sinne des Deutsch-Wilmersdorfer ändern werden, und da wollten wir unsere schlesischen Genossen, welche Mitglieder von Kriegervereinen sind, darauf aufmerksam machen, daß sie berechtigt sind, bei ihrem Ausschluß durch Statutenänderung, sämtliche bis dahin gezahlten Beiträge zurückzuverlangen. Es scheidet Niemand freiwillig aus, denn dann hat er keinen Anspruch an den Verein, sondern man lasse es ruhig auf den Ausschluß ankommen. Man komme auch pünktlichst den statutenmäßigen Verpflichtungen nach, damit dem Vorstand nicht die Berechtigung zusteht, die Ausschließung eines Genossen nach irgend einem Paragraphen des Statuts im Verein zu beantragen, dadurch könnte die Statutenänderung umgangen werden, woran diesen „patriotischen“ Vereinen gewiß viel gelegen wäre. §§

Breslauer Marktpreise vom 11. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Weizen, weißer . . .	21,70	21,40	20,60	20,10	18,70	17,70
Weizen, gelber . . .	21,60	21,30	20,60	20,10	18,70	17,70
Rozen	22,—	21,60	20,9	20,60	19,60	19,40
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafer	14,80	14,30	14,—	13,50	13,00	12,50
Erbsen	21,—	20,30	19,50	19,—	18,—	17,50

Heu (neues) 2,50—2,90 Mk. pro 50 Kilogramm.
Strohhalm 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 10. d. Mts. 55 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einer Arbeiterfrau auf der Vorwerkstraße 20 Mk.; einem Lademeier auf der Gräbchenerstraße ein grauer Winter-Überzieher; ein Geldbetrag von 44 Mk. — Abhanden kamen: Einem Schmied auf der Posenerstraße ein goldener Trauring.

einer Kaufmannsrau auf der Herrenstraße ein silbernes Armband; ein seidener Regenschirm. — Gefunden wurde: Eine Stange Schmiedeeisen.

Schlesien.

Reiße. Hochzeitserinnerungen. In der gräflich Matulschlo'schen Familie in Wechau fand kürzlich ein Hochzeitsfest statt, bei dem die Leobschützer Husarenkapelle mitwirkte. Der Droschkenbesitzer Ernst von hier war von der gräflichen Verwaltung für einen festen Preis gemietet, die Kapelle auf seinem Omnibus von Neiße nach Wechau und von da Abends 12 Uhr nach Neiße zurückzuführen. Das Fest zog sich aber in die Länge und Ernst wurde von einem Bediensteten des gräflichen Hauses bedeutet, er solle über Nacht bleiben und die Kapelle erst am andern Morgen nach Hause fahren. Ernst erklärte sich damit einverstanden, bemerkte aber, daß er dann einen höheren Preis für die Fuhrre machen müsse. Da der Beamte entgegnete, das sei nicht seine Sache, ging Ernst ins Schloß, um die Frau Gräfin zu sprechen. Im Vorzimmer traf er den Bevollmächtigten der Letzteren, Herrn Oberförster Amtsvorsteher Schmidt, und trug diesem sein Anliegen vor. Herr Schmidt war jedenfalls stark beschäftigt, kurz er wies den Besucher ziemlich scharf ab. Ein Wort gab das andere, Beleidigungen fielen von hüben und drüben, und schließlich bedeutete Herr Schmidt dem Fuhrherrn, er solle schleunigst machen, daß er vom Hofe komme. Ernst kam dieser Aufforderung nicht nach, auf sein vermeintliches Recht poehend, daß er erst wissen müsse, was er für die Wartezeit über Nacht bekommen werde, und mußte dann mit Gewalt entfernt werden. Herr Schmidt erstattete aber außerdem gegen Ernst wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung Anzeige bei Gericht, Ernst wurde für schuldig befunden und zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Derselbe hat gegen dies Erkenntnis Berufung angemeldet.

Keubowitz, Kr. Groß-Strelitz, 10. Febr. Vorige Woche erlösch hier die Frau L. aus einer benachbarten Kolonie und meldete, daß ihr Mann vom Pferde so unglücklich geschlagen worden sei, daß er wahrscheinlich seinen Wunden erliegen werde. Da die Eheleute häufig im Streit lebten, so schöpfte man Verdacht. Die Untersuchung ergab, daß der bewußtlose Delinquente mehrere tiefe, von Schlägen herrührende Wunden am Hinterkopf und einige mit einem Messer beigebrachte Verletzungen im Gesicht davongetragen hatte. Im Hofe fanden sich drei große Buntlachen. Da sich die Frau in Widersprüche verwickelte, wurde sie verhaftet, ebenso ihr Bruder, in dessen Wohnung blutbesetzte Hosen gefunden wurden. Der nun zur Bestimmung gelangte Mann sagt aus, daß ihm beim Deffnen des Pferdefalles seine Frau von hinten mit einer Art zwei Schläge verriecht habe, insofern deren er sofort die Bestimmung verlor.

Sagan, 10. Februar. Der 13-jährige Sohn des Herrn B. zu Reichenbach hiesigen Kreises wurde, wie das „Sag. Wochensbl.“ berichtet, vor einigen Tagen von der Hausfrau, welcher er ein Stück Butter gereicht hatte, gestochen. Der Knabe erlitt Anfangs die Schwundung nur wenig, und die Eltern desselben wurden erst dann aufmerksam, als sich eine Schwellung des Armes, an welchem sich die Wunde befand, bemerkbar machte. Die Geschwulst nahm rapide zu, so daß man sich besorgt, einen hiesigen Arzt zu konsultieren. Dieser konstatierte Blutergießung und ordnete schleunigst Mittel dagegen an. Hoffentlich gelingt es, den erkrankten Knaben wieder herzustellen.

Münchsberg, 9. Februar. Die Proletarier sterben. Der Schuhmacher Franz Umlauf von hier, der seit dem 18. v. M. vermisst wurde, ist, wie man mittelt, am 4. d. M. unter einer Brücke bei dem Dorfe Seipe, hiesigen Kreises, tot aufgefunden worden. Umlauf ist vermutlich daselbst erstorben.

Kreuzburg O.-S., 10. Februar. Zwischen russischen Genarmen und auswandernden Bauern, welche heimlicher Weise über die schlesisch-russische Grenze bei Landsberg wollten, fand, wie man mittelt, ein blutiger Kampf statt. Drei Auswanderer wurden erschossen, zehn verwundet, die übrigen gefangen.

Kreuzburg O.-S., 9. Februar. Gestern Abend wurde unser Befehl zum ersten Male elektrisch ertönt. Die Beleuchtung währte die ganze Nacht und wird so 14 Tage unterhalten werden; erst dann wird die Anlage, wenn sie sich bewährt, der Direktion übergeben werden. Das Anlagekapital betrug 90 000 Mark.

Jetzge, 10. Februar. Fünfunddreißig Diebstähle hat der 11½ Jahre alte Schulknabe Wilhelm Drog begangen. Er kam, um sich der Schule zu entziehen, vor einigen Tagen die oberste Etage verlassen und sich mit einem gleichartigen Knaben im ganzen Industriebetriebe umhergesehen. Drog verließ von Haus zu Haus und führte hieselbst Gelegenheitsdiebstähle aus; so wurde bis jetzt ermittelt, daß der kleine Laugenich nicht weniger wie in Lipine 10, Masnik 3, Morgenich 14 und hier 8 Diebstähle begangen hat. Am Sonntag wurde der Knabe in Königshütte gefangen.

Landsberg, 9. Februar. Ein mit dem Alkohol der Postkassen beauftragter Lehrling verlor die ganze Tagelohn des Handlungslehrlings. Er hatte in einem Postkassen eine Postanweisung gesehen und ließ nun ruhig den Namen der betreffenden Firma, worauf ihm die Anweisung verabschoben wurde. Man hatte er nichts Geringeres zu tun, als den Lügnervermeint zu verheizen, um sich das Geld auszahlen zu lassen. Der Beamte bemerkte sofort die Fälschung der Unterchrift und verlangte, daß der ungetreue Lehrling zur Rechenschaft gezogen wird.

Sprottau, 11. Februar. Zur Warnung. In verschiedenen Zeitungen konnte man neulich folgende Annonce lesen: „Geld! Geld! Personen jedes Standes erhalten als Personalkredit von 200 Mark an aufwärts jebe beliebige Summe. Die Rückzahlung kann in beliebigen Raten erfolgen.“ Ein hiesiger Bürger sah sich geneigt, auf diese Annonce zu reagieren, indem er ein Darlehen von 500 Mark erbat. Daraus abriet er von dem „Bankhaus Guckelshaus Handel in Best“ ein Schreiben, durch welches der Betrag zur Verfügung gestellt wurde gegen 6 pCt. Zinsen und vorherige Einzahlung von 10 Mark für die Vermittlung des Geldes. Nachdem dies erfolgt war, kam statt der erbetenen 500 Mark die Aufforderung, weitere 40 Mark als Mitgliedsbeitrag zu

dem Kreditverein“, dessen Hilfe man erbeten hatte, einzufanden. Der betreffende Mann zog es aber vor, auf diesen Schwindel nicht weiter hereinzufallen und den famoson Kreditverein einer weiteren Antwort nicht zu würdigen.

Obernigt. Charakteristisch für die Bekämpfung des Nothstandes ist nachfolgendes Schriftstück der hiesigen Armen-Kommission, welches die im 71. Lebensjahre stehende Adressatin auf ein Unterstützungsgeßuch erhielt:

Obernigt, den 2. Februar 1892.

Auf Ihr Gesuch an das königliche Landratsamt vom 29. Dezember 1891, betreffend die Unterstützung durch den hiesigen Orts-Armen-Verband wird Ihnen von der unterzeichneten Orts-Armen-Kommission, im Einverständnis mit dem Vorsitzenden desselben, Herrn Rittmeister von Schaubert, mitgeteilt:

Der hiesige Orts-Armen-Verband wird leider durch andere noch ältere, schwächere und kranke Personen so sehr in Anspruch genommen, daß an Abgaben ohnehin immer mehr aufgebracht werden muß. Auch ist Ihnen ja durch den hiesigen Herrn Pastor zu Welhnrachten ein Gesuch von 3 Mk. zugegangen; auch wird ja von den hier vorhandenen Reichen für die wirklich Armen viel getan, und darf wol Niemand Not leiden.

Auch für alte Leute mangelt es am hiesigen Orte wol sehr selten an Arbeit, es weiß ja auch jedes, daß der Winter kommt, und muß jedes darauf bedacht sein.

Wenn Sie 70 Jahre wären und den Nachweis führen könnten, daß Sie regelmäßig gearbeitet hätten, hätten Sie ja Anspruch auf Invalidentenunterstützung, was doch für Sie sehr gut wäre.

Aus den vorerwähnten Gründen muß daher Ihr Gesuch abgelehnt werden und bleibt Ihnen überlassen, gegen diesen Bescheid Beschwerde beim Kreis-Ausschuß zu erheben.

Die Orts-Armen-Kommission.

Rögner. Bannert. Nagel. Langner.

Also von der Weihnachts-Unterstützung im Betrage von 3 Mk. soll die arme Frau leben. Ueberflüssig ist wol noch die Betonung der Tatsache, daß sie von den hiesigen Reichen überhaupt nichts erhalten hat. Aber — man hat noch ein Mittel für das alte Mütterchen: „Arbeits!“ Wo, das sagt man allerdings nicht.

Liegnitz. Ein Unikum. Der Liegnitzer Innungsverband hat seinen Delegierten zum Berliner Handwerkerkongreß, den Obermeister der Malerinnung, Große, beauftragt, in Berlin gegen den Befähigungsnachweis zu stimmen. Einen Weitererfolg wird damit der Liegnitzer Delegierte schon erzielen.

Grünberg. Der Herr Landratsamts-Verwalter in Grünberg hat die dortige Polizei-Verwaltung angewiesen, von jetzt ab den bisher gebrauchten Höflichkeitstausch „ergebenst“ mit der Bezeichnung „gehorsamt“ zu vertauschen. Bekanntlich jangen einige erleuchtete Köpfe nachgerade an, einzusehen, daß der Schwindel mittelalterlichen Devotionsheiles nicht mehr in unsere Zeit paßt. Der Verwalter des Grünberger Landratsamtes ist anderer Meinung. Ihm klingt die Kunst der Ergebenheitsprache gar lieblich in's Ohr. Vielleicht verfolgt sein Maß noch einen staatsrettenden Zweck; vielleicht soll er auch zugleich die Bürger ermahnen, allezeit eingedenk zu sein, daß sie Gehorsam schulden der Obrigkeit, die Gewalt über sie hat.

Neustadt, 9. Februar. Petition. Die Maurer- und Zimmergesellen haben in Anbetracht der teuren Lebensmittelpreise beschlossen, eine Petition um Erhöhung des Arbeitsstundenlohnens von 22 auf 25 Pf. und Einführung der 10stündigen Arbeitszeit an die Meister zu richten. Aus dem Kreise Neustadt vorziehen 458 Maurer nach Berlin, wo sie mehr Lohn erhalten.

Katowitz, 10. Februar. In den Schacht gekürzt. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich nach der hiesigen Zeitung gestern Nachmittag auf dem Cäsarschacht der Kleophasgrube. Ein Zimmerhauer, welcher über Tage beschäftigt war, trat, wahrscheinlich infolge der herrschenden Dämmerung, fehl und stürzte mit seiner Art den etwa 30 Meter tiefen Schacht hinab. Hier durchstieß der Körper durch die Wucht des Anpralles eine 2½ Zoll starke Bretterwand und verschwand in dem dort 1½ Meter tiefen Wasser. Nach Bekanntwerden des Unglücksalles wurden mit einer Latte, in welche man einen Nagel geschlagen hatte, sofort Rettungsversuche unternommen; man beförderte aber nur noch eine Leiche mit zertrümmertem Schädel an das Tageslicht. Der Verunglückte kammt aus Pleß, ist verheiratet und hinterläßt mehrere Kinder.

Rosenthal, Schredlich! Die 61 Jahre alte Einliegerfrau R. aus Kneja, hiesigen Kreises, welche bei der Leiche ihres Tags zuvor verstorbenen Mannes Wache hielt, wurde, wie gemeldet wird, am anderen Morgen halb verkohlt in einem Winkel kauend aufgefunden. Man nimmt an, daß die fränkische Frau vom Schlage gerührt worden ist und ihre Kleider an dem neben ihr stehenden Petroleumlampschen Feuer gefangen haben.

Reiße. Die tolen Orgien, die vor einiger Zeit mehrere den besten Ständen angehörige junge Leute in einem Privatjamber des Gastwirts Germer, Ecke Joesf- und Weberstraße, gefiebert, hatten kürzlich ein

Nachspiel vor Gericht. Die Germer'schen Eheleute waren auf Grund dieser Vorkommnisse wegen Kupferei angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte je ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof sprach den Eyemann frei und verurteilte die Frau zu 6 Monaten Gefängnis. — Gegen das „Ewig-Weibliche“ in der Kneipe geht die Polizei jetzt in Rücksicht auf die großen sittlichen Gefahren, denen namentlich jungen Leuten der Verkehr in solchen Lokalen bringt, mit äußerster Strenge vor — in Breslau. In dem „sehr frommen“ Reiße, das in dieser Beziehung, wie in so manchem anderen, der Provinzialhauptstadt noch bedeutend über ist, bleibt alles beim Alten. Die einer Anzahl von „Klappen“ auferlegte Polizeistunde hat wenig gefruchtet. Reiße steht in der Wertschätzung weiblicher Kneipenschönheiten heute noch unerreicht in Oberschlesien, und vielleicht in ganz Schlesien da. Die aus Breslau weggegrauten Schleißerinnen haben also den Trost, daß ihnen am Reifestrande noch immer eine freundliche Aufnahme gesichert ist.

Reiße. In der bekannten Lokspitzelaffäre, bei der ein Dienstmann, durch die vom Gastwirtverein ausgesetzten Prämien angereizt, verschiedene Kaufleute veranlaßt hatte, ihm Schnaps zu verkaufen, um diese dann zu denunzieren und sich die Belohnung dafür zu holen, stand heute in der Berufungsinstanz vor der hiesigen Strafkammer abermals Termin an. Der Sachverhalt ist folgender: Der hiesige Gastwirtverein hatte im „Anzeiger“ Demjenigen eine Belohnung von 5 Mark versprochen, welcher Kaufleute, die ohne Konzession Schnaps verkaufen, so zur Anzeige bringt, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen könnte. Der Bader Plaket wollte sich dies Geld verdienen, sprach bei verschiedenen Kaufleuten, von denen er wußte, daß sie keine Konzession zum Branntweinausschank haben, vor, verlangte und erhielt auch für Geld je einen „Storn“. Prompt erstattete er die Anzeige und die Folge davon war, daß eine ganze Anzahl Kaufleute mit Strafmandaten beglückt wurden. Ein Teil derselben bezahlte die Strafen, vier dagegen, die Herren Buchmann, Heinze, Rudolf und Schippan, riefen richterliche Entscheidung an. Sämtliche „Angeklagte“ wurden indes gemäß dem Antrage des Amtsanwalts freigesprochen, und zwar Buchmann und Heinze aus dem Grunde, weil der Gerichtshof annahm, daß die ihnen behändigten Konzessionsurkunden ihrem Wortlaute nach sie wol hätten in den Glauben versehen können, sie besäßen eine volle Konzession; Rudolf und Schippan andererseits hatten den von Plaket verlangten Schnaps in Flaschen verkaufen wollen, waren aber daran gehindert worden, indem der Dienstmann das zum Einfüllen in die bezw. Flaschen bereit gehaltene Maß ohne Willen des Verkäufers ergriff und austrank. Gegen das freisprechende Erkenntnis legte die königliche Staatsanwaltschaft Berufung ein. Zu dem Termin vor der Strafkammer war nur Heinze persönlich erschienen, die anderen Herren waren durch Anwälte vertreten. Die Beweisaufnahme ergab dasselbe Resultat, wie in der ersten Instanz. Der Hauptzeuge Plaket erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, daß ihn Niemand abgefandt habe; er sei aus freien Stücken gegangen, um sich die ausgesetzte Belohnung zu verdienen. Rechtsanwält Roth ersuchte den Vorsitzenden den Zeugen zu fragen, von wem und in welcher Höhe er Belohnungen empfangen habe. Der Präsident lehnte die Fragestellung als unerheblich ab. Der Staatsanwalt beantragte, die Herren Kaufleute Buchmann, Heinze und Rudolf wegen Gewerbebetriebskonvention zu einer Geldstrafe von 80 Mark (dem doppelten Betrage der hinterzogenen Jahressteuer) zu verurteilen; hinsichtlich des Herrn Schippan zog er die Berufung zurück. Der Vertreter des Letzteren, Rechtsanwält Starke, beantragte, die seinem Mandanten durch die Verteidigung ersprochenen Kosten der Staatskasse zur Last zu legen. Dasselbe Resultat, wie die heutige Beweisaufnahme, habe schon die Vorunterjudung und die schöffengerichtliche Verhandlung ergeben, die Anlage sei also eine ganz ungerechtfertigte gewesen. Die Sache lag auch nicht so einfach, daß Herr Schippan eines Verleumdungsbeweiß hätte entraten können, wie der Umstand beweist, daß die Staatsanwaltschaft das ersinstanzliche Urteil durch Berufung angefochten habe. Rechtsanwält Roth stellte denselben Antrag hinsichtlich seines Mandanten Rudolf. Für Buchmann und Heinze beantragte er Freisprechung, bezw. eine mildere Strafe, denn der von dem Herrn Staatsanwalt nach Austunft der königl. Regierung zu Grunde gelegte Betrag von 36 Mk. treffe nicht zu, weil Buchmann sowohl wie Heinze für die Konzession zum Kleinhandel je 18 Mk. Steuer pro Jahr bezahlten. Sie könnten also höchstens 18 Mk. Steuern hinterzogen haben, und die Strafe würde höchstens nach diesem Satze zu bemessen sein.

Nach längerer Beratung wurden die Herren Schippan und Rudolf freigesprochen...

Kosen.

Kosen, 9. Februar. In der letzten Nummer des katolischen kirchlichen Amtsblattes wird die Geistlichkeit...

Kosen, 10. Februar. Ein behauerlicher Vorfall ereignete sich gestern. Ein Untersekundaner des königlichen Berger-Realgymnasiums...

Gnesen, 10. Februar. Mörder Bissen. Wie bereits mitgeteilt, ist der Mörder Bissen heute hier verhaftet und in das hiesige Gefängnis eingeliefert worden.

Mawittsch. Mit geistigen Waffen! Zu vielen Hunderten von Exemplaren wurde hier vor Kurzem ein Flugblatt verbreitet...

so sind wir bereit, denselben auf unsere Kosten ausstopfen zu lassen, damit diese seltsame Marktart auch noch der Nachwelt erhalten bleibt.

Wer Recht und Freiheit stolz begehrt, Wer aller Laster kühn sich wehrt, Und wer dem Volk ein wahrer Mann, Der schleißet unserm Bund sich an!

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 11. Februar.

Heirats-Ankündigungen. I. Schiffer Josef Jani, kath., Fischergasse 15, und Ida Haros, evangel., daselbst...

Bereins-Kalender.

Breslau. Zentralkranken- und Sterbefälle der böhmischen Arbeitervereine...

Nächster Kassenabend Sonnabend den 30. Januar 1892. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Briefkasten.

Briefkasten für den lokalen Teil. „Solidarität“. Wir bitten um kurzen Bericht über die letzte Versammlung.

Briefkasten der Expedition.

Für den Bezugspreis/gingen ein: D. Meyer für Marken 1,80 Mark. Ueberschuss des gesammelten Betrages für eine Lobanzeige 70 Pf.

Liegnitz.
 Sonntag, d. 21. Februar, Abends
 im Gasthof „zu den drei Birgen“:
**Gesellschaftliches
 Zusammensein**
 des Gewerkschaftsklub.
 Freunde willkommen.
 Für Unterhaltung wird bestens gesorgt.
 Der Vorstand.

Als Gelegenheitsgeschenk
 empfehle ich
 Goldene Damen-
 Schlüssel-Uhren,
 15 Mark an,
 Goldene Damen-
 Remont.-Uhren,
 24 Mark an,
 Alte Silberne
 Schlüssel-Uhren,
 6 Mark an,
 Schlag-Regulator,
 90 Ctm. lang, 15 Mk. an,
 Geh.-Regulator,
 90 Ctm. lang, 12 Mk. an,
 Reitz-Werker 5 Mk.
 sowie alle Arten
Wand-Uhren
 empfehle zu billigen Preisen unter
 2jähriger Garantie.
 Großes Lager von
 Gold- und Silber-Sachen,
 Ringen, Medaillons, Garnituren,
 Kreuze, goldene Czauringe
 von 6 Mark an u. s. w.
 Auch werden alte Uhren, Gold- u.
 Silber-Sachen gekauft und selbige
 mit in Zahlung genommen.
 Wiederverkäufer haben Rabatt.
Josef Klein,
 Kupfer-Schmiede-Strasse 18.

Achtung, Parteigenossen!
Sonntag, den 14. Februar er., Mittags von 12 bis 2 Uhr:
Grosse Volks-Versammlung
 im Saale des Volksgarten, Michaelisstrasse.
 Tagesordnung:
 1. Die Taktik der socialdemokratischen Partei. Referent: Reichtags-Abgeordneter Albert Schmidt, Mittweida. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.
Entrée 10 Pf. **Der Einberufer.**
Frauen haben Zutritt.

Montag, den 15. Februar er., Abends 8 Uhr
Öffentliche
Gewerkschafts-Versammlung
 in Olafske's Etablissement, Gräbchenerstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts. — Referent: Reichstags-
 Abgeordneter Albert Schmidt-Mittweida.
 2. Diskussion 3. Verschiedenes.
Sämmtliche Gewerkschaftsmitglieder werden hierzu eingeladen.
Entrée 10 Pf. **Der Einberufer.**

Haynau. Haynau.
Große Volks-Versammlung.
Sonntag, den 14. Februar er., Nachm. 3 1/2 Uhr
 im Lokale des Lese- und Diskutierklubs
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Kunert über: Der Kampf um die Volksschule.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Entrée Männer, 10 Pf. Frauen, 5 Pf. Frauen sind eingeladen.
Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Sektion der Klempner.
 Die Kassen-Abende finden jeden Sonnabend Abend von 8 Uhr
 ab in der Restauration **Bartsch**, Vorwerkstraße 47, statt.
 Dies den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnissnahme.
Der Bevollmächtigte.

Landeshut.
 Den Genossen von Landeshut und Umgegend zur Kenntniss, daß
Sonabend den 20. Februar im Gasthof zum Lamm
 zu Vogelzdorf, ein vom Lese- und Diskutier Club „Vorwärts“ ver-
 anstaltetes **Gesellschafts-Kränzchen** stattfindet, wozu wir alle
 Genossen und Genossinnen freundlichst einladen. Eintrittskarten sind
 bei den bekannten Vorstandsmitgliedern zu haben.
Der Vorstand.

Sonnabend, den 13. d. M., Abends,
 findet in der „Concordia“ das
Stiftungsfest
 des
Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins
 statt. Bei der Kürze der Zeit ist eine allseitige, rege Agitation
 zum Besuche desselben dringend geboten!
 Programme liefert die Expedition der „Volkswacht“ u. deren Kolporteurs.

Kohltabake!
 in besten, gut brennenden Qualitäten zu billigsten Preisen empfiehlt
Johannes Kubis, Saeisruan-Platz Nr. 1.

Brieg.
Sonnabend, den 13. Februar im Saale des Wintergarten,
II. Stiftungsfest des Soziald. Arbeitervereins,
 bestehend in Theater, humoristischen Vorträgen, lebenden Bildern u. Tanz.
 Entrée für Herren 50 Pfg., (eine Dame frei),
 für Damen 25 Pfg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
 Freunde und Genossen ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Für Vereine!
 Rollen-Artikel wie: Souquets, Dgd. v. 50 Pf. an,
 Erden, Dgd. von 20 Pf. an, Ankerrosen, Dgd. von 10 Pf. an.
Einladungskarten,
 pro Hundert von 1 Mk. an, sowie sämtliche Drucksachen in
 eigener Druckerei hergestellt schnell und billig.
 Sockkappen eigener Fabrik. 6
A. Wollmann, Breslau, Nikolaistraße
 Nr. 16.

Neustadt O.-S.
Sonntag, den 14. und 21. Februar:
Familien-Abend
 des Arbeiter-Bildungs-Vereins im Vereinslokal, Wielenerstraße 262b,
 verbunden mit Theater-Vorstellung. Zur Aufführung gelangt:
„Ein Schlingel“,
 national-ökonomische-ironische Humoreske.
Die Press-Prozesse oder: Die Tochter des Staatsanwalts.
 Lustspiel in 2 Aufzügen von Max Regal.
 Kassenöffnung Abends 7 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr.
 Entrée: Herren 20 Pfg., Damen 10 Pfg.
 Bemerkungen: Am 14. Februar dürfen nur diejenigen Genossen
 zum Familienabend erscheinen, welche auf dem Rückkehrbuch eine ungerade
 Nummer haben. Für die anderen Genossen mit gerader Nummer findet
 Sonntag, den 21. d. M. der Familienabend mit derselben Theater-Vorstellung
 statt. — Freunde und Genossen des Vereins sind zu beiden Abenden freundlichst
 eingeladen. Rückkehrbuch ist vorzulegen.
Der Vorstand.

Der wahre Jakob 145,
 illustriertes soziald. Witzblatt.
Preis 10 Pfg.
 Zu beziehen durch die Kolporteurs
 und die Expedition der „Volkswacht“.
 Soeben erschien:
**Anleitung zur Benutzung des Vereins-
 und Versammlungs-Rechtes.**
 Preis 15 Pfennig.
 Zu beziehen durch die
 Expedition der „Volkswacht“.

Der blaue Montag.
 Am Montag wurde blau gemacht
 Nach alter Handwerksfittel!
 Ich leerte fröhlich Glas um Glas
 In der Kamraden Mittel!
 Da plötzlich gab's ne Holerei,
 Man warf uns vor die Thüre,
 Wir leider blühte nun dabei
 Die allermeiste Schmiere!
 Mein Valeot warb mir sogar
 Totaliter gerissen!
 An „Goldne Vierundsteibzig“ hab
 Ich schnell mich wenden müssen!

Jetzt im Ausverkauf
 Herren-Winter-Paletots von
 10 Mark an, Is. wie nach
 Maß gefertigt von 18 Mark
 an, Schmaloffs mit Pelletins
 Herren-Herbst-Anzüge von
 10 Mark an, feine Winter-
 Anzüge von 16 Mk. an, Braut-
 Anzüge in Tuch und Baumwolle
 von 25 Mark an, sehr gut
 von 38 Mk. an, Herren-Jaquets
 von 5 Mk. an, Winter-Jaquets
 mit Wollfutter von 8 Mark an
 Schlafrocke von 8 Mark an
 Herren-Burkin-Josen v. 8 Mk
 an, gute Winter-Josen von
 5 Mark an, Josen und Westen
 von 6 Mark an, moderne von
 8 Mk. an, Knab.-Winter-Palet
 mit Besatz v. 8 Mk. an, Anzüge
 für i. Alter von 2.50 Mark an
 Herren-Tracks und Anzüge.
 Versandt nur unter Nachnahme
 Umtausch bereitwill. jed. Zeit
 Wir empfehlen unser

Frak-Verleih-Institut,
 und verleihen elegante, moderne
neue Fraks à 2 Mark
 in jeder Größe und Weite.
„Goldene 74“
 1. Etage, Ohlanerstr. 74, 1. Etage

Der schlechten Zeitverhältniss
 wegen erhält jeder Arbeiter bei Eintau-
 von 8 Mark an bei meinen bekannt bil-
 ligen Preisen noch 4 pCt. Rabatt i-
 bar ausgezahlt. Mein Lager ist in
Herren- u. Knabengarderoben
Jederzeit und Stoffhosen,
Hemden, Blousen etc.
 auf das Beste sortirt.
 Bestellungen nach Maß fertige ich unter
 Garantie.
J. Berger,
 Fr.-Wilhelmstraße 43.
 Arbeiter-Artikel-Spezialgeschäft.

Durch die Expedition der
„Volkswacht“
 sind folgende Schriften zu beziehen
 Rautsch, Marx' Oekonomische Lehren
 Gebund. Mk. 2.00.
 Bloß, W., Die französische Revolution
 Broschirt Mk. 4.00. Gebund. Mk. 5.50
 Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
 Abeling, Die Darwin'sche Theorie
 Gebund. Mk. 2.00.
 Lichtstrahlen der Seele. Gedicht-
 sammlung, ausgewählt v. Max Regal
 Illustriert von Otto Emil Bau. 3.
 Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden
 Preis Mk. 3.50.
 Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Auf-
 gebund. Mk. 2.00.
 Dr. W. Zimmermann's Große
 Deutscher Bauernkrieg. Illust. Volks-
 Ausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf.
 Rautsch, Thomas More. Geb. Mk. 2.50
 Schimmel, G., Johannes Kap. 7. A
 Historische Studie. 25 Pf.
 Sebel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2.50
 Schippel, Das moderne Glend. Geb.
 Mk. 2.00.